

Bezugspreis: Vom 16.-22. Sept. 4 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 5 100 000 M., für das übrige Ausland 6 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 500 M. Restamtszeit 2500 M. Kleine Anzeigen das festgedruckte Wort 100 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 80 M. Stellensuche das erste Wort 80 M., jedes weitere Wort 70 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 M. Schlusssatz 12 000

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 16. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Vollständiger: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

## Keine Friedenslöhne der Arbeiter.

### Erklärung des ADGB. gegen Dr. Stresemann.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner Rede vom 12. September vor den Vertretern der deutschen Presse die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne „vielfach über den Friedenslöhnen“ liegen.

Diese Behauptung muß auf irrigen Informationen beruhen und darf nicht unwidersprochen bleiben. Entscheidend ist nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Vor dem Krieg konnte sich ein Arbeiter mit einem Stundenlohn ein Pfund Qualitätsfleisch kaufen. Anfang dieser Woche betrug der Tagesdurchschnittslohn 10 bis 12 Millionen Mark. Ein Pfund Fleisch kostete zur gleichen Zeit 11 Millionen. Der Arbeiter mußte also für die gleiche Menge Fleisch 8 Stunden arbeiten, während er es früher mit dem Lohn einer Stunde kaufen konnte.

Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die fortschreitende Marktentwertung und die ihr mehr und mehr parallel laufende Steigerung der Preise die vereinbarten Löhne ständig überholen, da die Arbeiter ihre Einkäufe nicht zur Zeit der Vereinbarung, sondern erst frühestens eine Woche später machen können. Maßgebend kann aber nur die Kaufkraft des Lohnes in der Verbrauchswoche sein.

Ein paar Beispiele: Ein Metallarbeiter verdiente in der Woche vom 30. Juli bis 5. August 58 000 M. Stundenlohn. Am 6. August kostete ein Pfund Schmalz 230 000 M. Er mußte also über 4 Stunden arbeiten, um es kaufen zu können. Im Frieden kostete es 80 Pf. Er erhielt damals 70 Pf. Stundenlohn. In kaum mehr als einer Stunde verdiente er genug, damit er es kaufen konnte. Am 3. September kostete ein Pfund Schmalz 2 400 000 M. Der

Stundenlohn des Metallarbeiters betrug in der Woche vom 27. August bis 1. September 840 000 M. die Stunde. Er mußte also nahezu 3 Stunden arbeiten, um es zu kaufen.

Bergleicht man den Stundenlohn des Metallarbeiters in der letzten Augustwoche mit der Reichsindexziffer der Verbrauchswoche, die 1845 261 betrug, so ergibt sich, in Goldmark umgerechnet, ein Stundenlohn von 0,455 Goldmark gegenüber einem Stundenlohn im Frieden von 0,70 bis 0,80 M. Dabei ist zu beachten, daß die Reichsindexziffer die Miete berücksichtigt. Der Lohn ist also trotz der niedrigen Miete auf fast die Hälfte des Friedenswertes gesunken. Werden jetzt die Mieten von Monat zu Monat erhöht, so verschärft sich die Lage zuungunsten der Lebenshaltung der Arbeiter.

In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis von Kleinhandelspreis und Lohn eher verschlechtert, da die Marktentwertung mit Ausnahme der letzten Tage unabsehbare Abmessungen annahm. In anderen Berufen ist die Lage der Arbeiter gleich trostlos. Die Beispiele würden für die verschiedensten Waren zu demselben Ergebnis führen. Die Kaufkraft der Löhne hat sich so verringert, daß von einer Ueber-schreitung des Friedensreallohnes gar keine Rede sein kann.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß daher entschieden Verwahrung einlegen gegen die angeführte Behauptung, die nur den Unternehmern Anlaß bieten kann, unter Berufung auf die Äußerung des Reichskanzlers, die Löhne zu drücken.

Der Bundesvorstand  
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

## Währung und Reichsfinanzen.

„Es handelt sich augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die in der Existenz eines großen Reiches je vorhanden gewesen ist.“ Mit diesen Worten charakterisierte Genosse Hilferding in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat die finanz- und wirtschaftspolitische Situation Deutschlands. Was er an Einzelheiten zum Beweise für diese These vorbrachte, war erdrückend und überfließt die Vorstellungen, die die breite Öffentlichkeit sich bisher trotz aller erschreckenden Zahlen über die Finanzlage des Reiches gemacht hat. Zu diesem Zustand haben in erster Linie die ungeheuren Ausgaben, die der Ruhrkampf erfordert, geführt. Steuermittel standen nicht zur Verfügung. Eine unmittelbare und fühlbare Belastung der Wirtschaft, insbesondere ihrer leistungsfähigen Kreise war nicht vorhanden, und soweit sie beabsichtigt wurde, begegnete sie dem allerhöchsten Widerstand. Mittels der Notenpresse wurden die Billionenbeträge herangeschaffen, mit denen das Reich alle finanziellen Anforderungen erfüllte.

Das hat zu dem Zustand geführt, daß das Reich alle nur denkbaren finanziellen Ansprüche befriedigen sollte. Jede finanzielle Verantwortung ist geschwunden. Bei Ländern und Gemeinden ist sie ebenso wenig vorhanden, wie bei anderen öffentlichen Körperschaften, gemeinnützigen Organisationen oder gar den Privaten. Nachdem das Reich nach Eintritt in den Ruhrkampf alle finanziellen Bedürfnisse der besetzten Gebiete erfüllt, hat die Meinung rasend um sich gegriffen, auch alle übrigen Geldbedürfnisse könnten auf demselben Wege befriedigt werden. Unter der Regierung Cuno ist nie gewagt worden, dieser Meinung zu widersprechen. Unbekümmert um die Folgen, ohne Verantwortung für die Reichsfinanzen, vielleicht sogar ohne die Erkenntnis der gewaltigen Gefahr, die eine solche frivole Finanzpolitik mit sich bringt, wurde jede Anforderung bewilligt. Das Reich wurde nicht nur zum alleinigen finanziellen Träger der besetzten Gebiete, der Länder, Gemeinden und aller sonstigen öffentlichen Körperschaften, sondern auch zum Kreditgeber und finanziellen Unterstützer eines großen Teiles der Privatwirtschaft.

Die Folge war die vollständige Zerrüttung der Reichsfinanzen, der immer schnellere Verfall der Währung, die Beunruhigung der Wirtschaft, der Rückgang der Arbeitsleistung, die Demoralisierung aller Unterstufen, der beschleunigte Ruin des Mittelstandes, die Ausraubung von Kleingewerbe und Kleinhandel, die Untergrabung der Existenz der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner. Gleichzeitig aber hatte der sicher unerschöpfliche Geldzufluß insbesondere nach dem Ruhrgebiet infolge des völligen Mangels einer wirksamen Kontrolle eine gewaltige finanzielle Stärkung der rheinisch-westfälischen Großunternehmungen zur Folge. Seit Monaten gehen von diesen Kreisen die großen Devisen- und Effektenkäufe aus. Nur sie verfügen über die gewaltigen Mittel, die dafür erforderlich waren. Sie, für deren Erhaltung das Reich und die Massen des unbefestigten Gebietes so ungeheure finanzielle Opfer gebracht haben und täglich weiter bringen, haben diesen Existenzkampf Deutschlands durch ihr Tun geradezu untergraben. Es ist das trübste Kapitel in dem Kampf um die Erhaltung von Rhein und Ruhr, daß diejenigen, für deren Existenz das deutsche Volk die schwersten Leiden auf sich genommen hat, die Devisenkrisen hervorgerufen haben, die allen Widerstand zu erschlagen drohen.

Es ist deshalb die höchste Zeit, daß das Volk Klarheit erhält über die ungeheure finanzielle Miswirtschaft, die unter der Regierung Cuno betrieben worden ist. Sie zu liquidieren ist die denkbar schwierigste Aufgabe. Aber die Aufgabe muß gelöst werden. Daß das mit Härten für den Einzelnen verbunden ist, der bisher alles der rührenden Sorge des Reiches überlassen hat, ist selbstverständlich. Aber diese Härten dürfen den Weg zur Gesundung nicht versperren. Die Gesundung der Wirtschaft bedingt das rücksichtslosest Vorgehen und die schärfste Vorankündigung der Interessen des Reiches an der Ordnung seiner Finanzen. Diesem Ziel müssen alle anderen Interessen untergeordnet werden, denn es ist in Wirklichkeit das Ziel, von dessen Erreichung die Rettung des Reiches und die Wiederrückführung der Wirtschaftswirtschaften abhängig ist. Ohne die Erkenntnis, daß die Notenpresse stillgelegt werden muß, die jene ungeheure Verantwortungslosigkeit gezeugt hat, die den Verfall Deutschlands in drohende Nähe rückt, ist das nicht zu erreichen.

Hilferding aber hat sich nicht darauf beschränkt, die Ursachen für Deutschlands trostlose Finanzwirtschaft aufzuzeigen, sondern er hat auch die Mittel zur Abhilfe dargelegt. Neben dem planmäßigen und fristmäßigen Abbau der Ruhrkredite sollen auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gedrosselt werden. Es soll auch Schluß gemacht werden mit der ganzen Zukunftswirtschaft. Länder und Kommunen sollen wieder eigene Steuerquellen und damit die Verantwortung für ihre eigenen Ausgaben erhalten. Im großen und ganzen

## Strafen für Steueraboteure.

Wie wir hören, beabsichtigt die Reichsregierung eine Verordnung, in der Aufforderung zur Steuerabotage und Zurückhaltung von Lebensmitteln unter Strafe gestellt werden. Man wird von den einzelnen Landesregierungen erwarten müssen, daß sie dieser notwendigen Maßnahme jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen. Es ist erinnerlich, daß z. B. in Bayern von nicht ganz unbekanntem Persönlichkeiten und Organisationen gegen die Steuererlasse in unverantwortlicher Weise gehandelt wird.

## Die Mark in New York.

Die gestrige Schlussnotierung der Mark in New York bot gegenüber den Vortagen keine wesentliche Veränderung. Auf Berliner Parität ergibt sich für den Dollar ein Preis von 111,11 Millionen Mark nach dem Geld- und von 107,52 Millionen Mark nach dem Briefkurs.

## Bereitstellung von Notstandsarbeiten.

### Heranziehung privater Kredite.

Der Preussische Landtag hat beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Verbindung mit den preussischen Provinzen, Kreisen und Gemeinden Pläne bereit zu halten, um der wachsenden Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten (Hoch- und Tiefbauten, Bodenverbesserungen usw.) entgegenzuwirken. Um eine methodische Erfassung aller sich bietenden Arbeitsgelegenheiten zu ermöglichen, hat der Minister für Volkswohlfahrt jetzt die Regierungspräsidenten aufgefordert, Listen aufzustellen, in denen die sofort greifbaren Notstandsarbeiten unter Angabe der Finanzierung sowie die früher oder später möglichen Notstandsarbeiten unter Angabe der noch erforderlichen Vorarbeiten aufgeführt sind.

Der Erlass enthält im übrigen einige grundsätzliche Anweisungen über die Förderung von Notstandsarbeiten. Die Fragen der Wirtschaftlichkeit sollen künftig im Hinblick auf die gespannte Finanzlage von Reich und Staat noch stärker als bisher betont werden. Die Schwierigkeiten der Finanzierung dürfen nicht dazu verleiten, wirtschaftliche Erwägungen außer acht zu lassen und über Gebühr staatliche Mittel, noch dazu fast ausschließlich in der Form von Zuschüssen, lediglich unter Hinweis auf die Beschäftigungsmöglichkeit von Erwerbslosen zu fordern. Vielmehr werden nur solche Arbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu fördern sein, welche die Schaffung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit bezwecken. Es ist deshalb nicht angängig, auch Arbeiten des ordentlichen Haushaltes in das Notstandsprogramm aufzunehmen.

Außerdem werden künftig Darlehen, und zwar möglichst auf wertbeständiger Grundlage, mehr als bisher in Anwendung kommen müssen. Anzustreben ist außerdem zur Schonung der Reichs- und Staatsmittel weitgehendste Heranziehung privater Kredite. Grundsätzlich ist zu fordern, daß alle Notstandsarbeiten, die nach ihrer Durchführung einen hinreichenden Ertrag abzuwerfen

versprechen, sich selbst zu tragen haben. Bei den übrigen Notstandsarbeiten wird festgestellt werden müssen, ob nicht neben dem Interesse, das die Allgemeinheit an der Beschäftigung Erwerbsloser hat, auch ein besonderes Interesse einzelner vorliegt, das ihre stärkere Heranziehung zu den Kosten rechtfertigt. Zur Prüfung der Anträge ist künftig ein Finanzierungsplan und, soweit es sich um werbende Anlagen handelt, auch ein Rentabilitätsplan beizufügen. Der Finanzierungsplan soll ein klares Bild über die Aufstellung der Kosten ergeben, der Rentabilitätsplan soll erkennen lassen, in welchem Umfang und in welcher Zeit das Baulapital getilgt und in welcher Höhe es verzinst wird.

## Sozialdemokratische Forderungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die herrschende große Arbeitslosigkeit wird durch die Stilllegung und Einschränkung von Betrieben aller Art unerträglich verhärtet. Das Ende dieser Erwerbslosigkeit ist noch nicht abzusehen. Die vornehmste Aufgabe des Staates dürfte darin bestehen, alle brachliegenden Arbeitskräfte möglichst restlos dem Produktionsprozeß einzureihen. Diese Maßnahme ist nur durchführbar, wenn alle Kräfte der Länder und des Reiches mobil gemacht werden. Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, sofort mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten zwecks Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung größerer, wirklich produktiver Notstandsarbeiten (Reklamationsarbeiten, Wohnungsbau, Tiefbauarbeiten u. a.);
2. die produktiven Notstandsarbeiten der Gemeinden mit prozentual höheren Zuschüssen als bisher zu fördern;
3. die in produktiver Arbeit nicht unterzubringenden Erwerbslosen den Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichend zu unterstützen.

Weiter wird die Staatsregierung ersucht, schnellstens von ihrem Recht Gebrauch zu machen, die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung von einer Woche auf drei Tage herabzusetzen.

## Die Fleischversorgung.

Die Koalitionsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß durch umfangreiche, freiwillige Schlachtungen des Weidewirtschafts in der Zeit des Spätherbstes und durch sachgemäße Aufbewahrung dieser Fleisch- und Fettmengen in geeigneten Kühlräumen die Fleisch- und Fettversorgung der Großstädte während der Monate März, April und Mai nach Möglichkeit sichergestellt wird.

Gleichgültigkeit in Spanien gegenüber dem Staatsreich wird von unabhängigen Korrespondenten gemeldet. Daß der König, zum ersten Male, bei der Ankunft in Madrid nicht begrüßt wurde, ist schon wohl mehr als Gleichgültigkeit. Die Presse steht unter Zensur und schweigt.

stimmen die Absichten Hifferdrings überein mit der Haltung, die die Sozialdemokratie bisher eingenommen hat. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien ist von ihr immer gefordert worden, daß Ausgaben nur im Rahmen der Einnahmen bewilligt werden dürfen und daß die Freigiebigkeit, die das Reich bei Entschädigungszahlungen und Entgelten für Sachlieferungen an den Tag gelegt hat, ebenso schädlich ist, wie die Unterlassung wirksamer Steuermaßnahmen. Neben dem Abbau der Ruhrkredite gebietet es deshalb die finanzielle Situation Deutschlands, daß die Entschädigungszahlungen aller Art vorläufig suspendiert werden. Auch die Vereinfachung bei den Sachlieferungen muß sofort unterbunden werden.

Aber auch die schärfste Einschränkung der Ausgaben wird den Stillstand der Notpresse nicht herbeiführen können. Nach dem Reich nur einen so geringen Teil seiner Ausgaben durch Steuern, daß auch die stärkste Einschränkung der Ausgaben das Gleichgewicht des Haushaltes nicht herstellt. Das wird um so weniger der Fall sein, wenn die Einnahmen des Reiches noch verkürzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist der Abbau der Ausfuhrabgabe und der Kohlensteuer überaus gefährlich. Er würde bedeuten, daß leistungsfähigen Schichten Lasten abgenommen werden, die durch die Notpresse den Leistungswachstum in verstärktem Maße auferlegt werden müssen. Die Einnahmen des Reiches müssen also stark erhöht werden. Endgültig wird das nur durch jene große, im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems stehende Finanzreform möglich sein, für deren Kernstück die Erfassung der Sachwerte absolut notwendig ist. Aber gleichzeitig damit und bereits vorher müssen die bestehenden Steuern in noch höherem Maße als bisher wertbeständig gemacht werden. Die Privatwirtschaft kennt nur noch wertbeständige Zahlungen. Allein der Staat hat diesen Grundsatz noch nicht verwirklicht. Zölle und Ausfuhrabgabe müssen daher in Gold erhoben werden. Für die Betriebsabgabe der Industrie und der Landwirtschaft kann dieselbe Anforderung gestellt werden. Auch andere Steuern werden in ihrem Ertrage immer noch durch verspätete Zahlung oder einen zu niedrigen Multiplikator entwertet. Ein schwerer Mangel scheint uns endlich in der Tatsache zu liegen, daß die Steuergelder zum großen Teil an die Finanzämter der Gemeinden abgeliefert werden, dort tagelang nutzlos liegen und von den Girozentralen der Privatwirtschaft zu niedrigem Zins ausgeliehen werden, bevor sie an das Reich gelangen.

Wird so der Versuch zur Ordnung der Finanzen des Reiches gemacht, so wird auch die Währungsanie- rung durchgeführt werden können. Denn die Sanierung der Währung bedingt die Sanierung der Finanzen, wie andererseits die Sanierung der Finanzen unmöglich ist ohne die Sanierung der Währung. Sie aber setzt einen genügenden Vorrat an Gold und Goldwerten voraus, um darauf die Ausgabe eines wertbeständigen Zahlungsmittels vorzunehmen. Stärker als der Goldfonds der Reichsbank ist der Goldfonds der deutschen Wirtschaft. Sie hat einen großen Teil des Goldes aufgelesen, der aus dem Goldbestand der Reichsbank im Verlaufe dieses Jahres verschleudert wurde. Diese Beträge und die goldwerten ausländischen Zahlungsmittel, die die Wirtschaft besitzt, gehören jetzt in die Hände des Reiches, müssen zur Bildung eines Münzfußes verwendet werden, der bei gleichzeitiger Sanierung der Reichsfinanzen auch die Möglichkeit zur Sanierung der Währung gibt.

## Kommunistisches Programm.

### Zur thüringischen Regierungskrise.

Raum haben die Kommunisten die thüringische Arbeiterregierung gestürzt, mit der gemeinsam sie in den letzten Jahren alle grundlegenden Gesetze über den staatlichen Neuaufbau Thüringens beschlossen haben, ist auch schon das neue Programm da. In der Demagogie und im Versprechen sind die Herrschaften groß. Im Handumdrehen ist natürlich ein Programm da, das die gebratenen Tauben den armen

## Die Arbeit der Volksbühne.

Von Max Hochdorf.

In der Volksbühne wird der Winter vorbereitet. Täglich von zehn Uhr vormittags bis drei Uhr nachmittags Probe. Das bedeutet eine große Anstrengung der Kunstnerinnen. Die alten Kräfte des Theaters müssen auf den neuen Geist des Direktors und Regisseurs umgestimmt werden. Es ist kein pathetischer, nur ein energischer und hoffender Geist, der sich entfalten möchte. Direktor soll weislich wenig von dem zu sagen, was sein wird. Er könnte der Versprechungen viele machen. Er tut es nicht. Und diese Zurückhaltung wäre zu loben.

Man spielt zunächst den „Abtrünnigen Zaren“ von Carl Hauptmann. Gerhard Hauptmanns fetter Bruder fühlte sich, solange er lebte, etwas verlassen, sogar beträchtlich vernachlässigt. Es ist wahr, man spielte ihn hier und da. Er war einigen Kritikern und Kunstfreunden so fest ans Herz gewachsen, daß sie ihn mit Andacht verhielten. Aber es war nie der große Erfolg der Theater. Nun bleibt abzuwarten, welchen Klang man an der Volksbühne aus seinem Wert herausholen wird. Diese Auf- führung am Ballonplatz wird eine Art Totenfeste sein, doch eine Feier, um einen Entschlafenen lebendig und beliebt zu machen.

Dann wird „Figaros Hochzeit“ von Beaumarchais folgen. Das Spiel der Idyllen, in die ein beharrlicher Revolutionswille hineindrängt, hat die Regisseure und die Komödianten seit anderthalb Jahrhunderten gereizt. Da waren stets zwei Stille zu geben: Erst die Leichtigkeit der Intrigue. Es muß funkeln und blitzen auf der Bühne. Die Leidenschaft, die sehr leichtfertig scheint und kalopp geschürzt, muß tanzen. Die Jungen und die Mädchen der Schauspieler müssen gelöst werden. Beinahe ein Scherzspiel nach alter, galanter Art ist ja herunterzuwühlen. Dann aber kommt das zweite Element: Stumme Revolte, Verbitterung, Eindringlichkeit des Wortes. Der störrische Figaro, der Hausarr, ist ein Weiblicher, Sohn einer getretenen Klasse, dessen Töchter den Angehörigen der höheren Klasse nur wie eine bequem zu erlegende Jagdbeute vorkommen. Die Lohndigkeit der Sitten ist zu entlarven durch das große, moralische, aufgebäumte Wort. Eine Revolution, jene Revolution, die 1789 in Paris entbrannt ist, hat unter dem Strahlen und Mannes- und Weibsgelächel zu rumoren. „Figaros Hochzeit“ an der Volksbühne soll ein Drama von historischer Beweiskraft, ein Scherzspiel, wenn man will, ein Festspiel werden, an dem zu lernen ist, wie aus kleinen Ursachen die mächtigen Wirkungen entstehen.

In diesem Sinne ist es auch aufzufassen, wenn für den Winter eine Neueinstudierung des „Don Carlos“ geplant wird. Vor zwanzig Jahren war eine Revueinstudierung des „Don Carlos“ eine ziemlich bequeme Arbeit. Paul Schrenker, der kluge Pfadfinder auf dem Felde des Naturalismus, brauchte als Leiter des Wiener Burgtheaters die klassizistischen Reigungen seiner Künstler nur mit Be-

Profeten nur so zuzustimmen läßt. Wer nicht daran glaubt oder vor Illusionen warnt, ist ein „Verräter“.

Es versteht sich am Rande, daß als Somjeterjah der Betriebsrätekongress paradiert. Freilich wirds mit ihm genau so gehandelt wie mit den Arbeiterräten in Rußland auch. Der König absolviert, wenn er uns den Willen tut. Der thüringische Betriebsrätekongress bekommt die schönsten Funktionen zugewiesen. Nur die Kommunisten werden sich ihm nur dann fügen, wenn es ihnen paßt und ihr Programm zum feinsten erhebt. Ausdrücklich heißt es:

„Stimmt der Betriebsrätekongress mit Kleinbauerndelegierten diesen Sicherheitsmaßnahmen (den Hundertschaften und Kontrollauschüssen. D. Red.) zu, dann besteht für die SPD. kein Hindernis mehr, sich an einer „gemeinsamen Regierungsbildung mit der SPD. zu beteiligen“.

Schon die Klausel zeigt, was von der kommunistischen Verbeugung vor dem Massenwillen zu halten ist. Er wird da respektiert, wo sie glauben, ihn zur Entfaltung ihrer Paradedoktrin benutzen zu können. Im übrigen wird fest drauf los versprochen. Die Bevölkerung soll mit allen lebensnotwendigen Gegenständen billig versorgt, die staatlichen Betriebe zur Vinderung der Not ausgenutzt werden (Einnahmen dürfen sie aber offenbar nicht bringen), Staatskredite sind den Genossenschaften zu gewähren, die Ernte wird beschlagnahmt und verteilt, — natürlich auch billig. Alle Betriebe müssen weiter arbeiten unter Leitung der Betriebsräte. Kredite gibt natürlich auch der Staat. In diesem Stille geht es weiter, ohne daß auch nur mit einer Silbe angedeutet wird, woher die Mittel zu nehmen sind und wie alle diese geistreichen Ideen verwirklicht werden sollen, denn Thüringen ist ja bekanntlich nicht das Reich.

Vielleicht ist als Ersatz dafür die Forderung an das Reich anzusehen, wonach alle Verbrauchs- und Verbrauchssteuern abzuschaffen sind, während die Vermögen durch Wegbesteuerung bis auf die Höhe des Existenzminimums zu befestigen sind. Da außerdem noch jede Spekulation kurzerhand erledigt wird, wäre dann die soziale Frage schnell gelöst. Außenpolitische Sorgen hat man in der SPD. nicht, denn es wird von den Rettern der Ration die Beseitigung aller „Bankrott- und Kapitulationspolitiken“ aus der Regierung verlangt. Damit will man wohl andeuten, daß man Frankreich anders als Stresemann siegreich zu schlagen gedenkt.

Wer wird nicht schließlich dafür sein, daß alles besser werden muß und daß man die Sache schon decheln wird, wenn man dem Kapitalisten auf die Wade rückt. Das ist so einfach, daß es jeder Arbeiter einsehen, und nur die Bonzen, die die Arbeiter verraten, finden meist noch Schwierigkeiten. In Wirklichkeit zeigt diese Programmschulsterei, daß man gar nicht daran denkt, auf dem harten Boden der Wirklichkeit für die Arbeiterklasse zu arbeiten, den Weg ins Freie durch ernste Leistungen zu ebnen. Rot und Glend der Massen sollen nicht Antriebe zu ehrlicher Arbeiterpolitik, sondern zu neuen Verwirrungsaktionen dienen, die nur neue Schwierigkeiten aufzuräumen werden.

## Die deutschvölkische Korruption.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlichen ein Rundschreiben der Schutzvereinerung der Genossen der Deutschvölkischen Bank, das zu dem täglichen Gezeiter der Halentreuzer über „jüdische“ Finanzpraktiken in einem pikanten Gegensatz steht. Es heißt da u. a.:

Ungeheuerliche Vorkommnisse zwingen uns, die bisher aus östlichen Rückfragen geübte Zurückhaltung aufzugeben und rückstills vorzugehen. Nicht nur der völkische Charakter des ganzen Unternehmens ist aufs höchste gefährdet, sondern außer bereits verlorenen gewaltigen Vermögenswerten drohen den Genossen auch noch weitere Verluste. Die früheren Aufsichtsratsmitglieder Vandergelhorst Senne, Richard Kunze und Aufsichtsratsvorsitzer Behrens sowie die von der ersten Generalversammlung im April eingewählten Revisoren Kaufmann Wolff und vereid. Bücherrevisor Schilling haben festgestellt, daß der Vorstand so grobe Verstöße gegen die Sicherheit der

Bank und die Vermögenswerte der Genossen begangen hatte, daß ihm eine Entlastung unter keinen Umständen erteilt werden konnte. Es steht ferner unzweifelhaft fest, daß sich der Vorstand auf Kosten der Genossen große Vermögensvorteile verschafft hat. In den letzten Tagen ist z. B. das größte Vermögensobjekt der Bank, die Ziegelei und das Gut Sommerfeld, für einen Spottpreis an einen Herrn „Lieschütz“ unter Bestand des Rechtsanwalts „Berthauer“ verkauft worden. Das von der Bank verbannte Rundschreiben stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Nur die Rücksicht auf eine größere Anzahl Genossen, insbesondere kleinerer Geschäftsleute, hat uns davon abgehalten, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erlösen. Alle weiteren „Ungeheuerlichkeiten“, die jeder Beschreibung spotten, sowie das Vorleben des 1. Vorstandsmittgliedes, des früheren Staatsanwalts Geras, werden eingehend in der Generalversammlung besprochen werden.

Im April d. J. mußten fünf Vorstandsmitglieder der Nationalsozialistischen Partei zu hohen Geldstrafen, erlahmte zu einem Jahr Gefängnis, verurteilt werden, weil sie sich gegen das Bankgezei vergangen hatten, beim Franzosenfall in das Ruhrgebiet forderte ein Deutschvölkischer dazu auf, die Gelder der freiwilligen Ruhrspende zu Parteizwecken zu mißbrauchen, der Fuchs-Prozeß brachte den Beweis, daß die Halentreuzer sich nicht scheuen, französische Gelder zu nehmen — es braucht also nicht weiter in Erläuterung zu sehen, wenn es in dem Bankinstitut der Deutschvölkischen nicht ganz nach sauberer Wäsche duftet.

## Die Goldmarkpreise für Kohle.

Für Kohle gelten nach den Beschlüssen des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats vom 17. September ab Goldmarkpreise. Diese liegen ganz wesentlich über den Vorkriegspreisen, auch dann, wenn man nur die sogenannten Nettopreise berücksichtigt, welche die durch Kohlensteuer, Umsatzsteuer und Händlerzuschlag entstehenden Erhöhungen nicht enthalten. Die Preise sind dann immer noch bei rheinisch-westfälischer Kohle um etwa 80 Proz. höher als vor dem Kriege.

Vom Montag, den 17. September ab, werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse (Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs; ein Dollar gleich 4,20 Goldmark) am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben. Aus den ab 17. d. M. geltenden Preisen verbleiben den Gruben im Ruhrrevier für eine Tonne Fettsäurekohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 13,56 Goldmark, in Niederschlesien bis 17,00 Goldmark, in Sachsen bis 20,30 Goldmark, in Ibbenbüren bis 17,29 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostpreußen für eine Tonne Braunkohlenbriketts 10,45 Goldmark.

Die Verkaufspreise, die die Verbraucher zu bezahlen haben, erhöhen sich um den Betrag der Kohlensteuer, Umsatzsteuer, den Beitrag für den Bergarbeiterwohnungsbaue und den Zuschlag für den Handel. Sie betragen z. B. für eine Tonne Ruhrfettkohle 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,51, Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,50, Ibbenbüren 24,68 Goldmark ausmachen.

Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne

Oberschlesische Flammstückerkohle auf	22,98 Goldmark
Niederschles. Kohle gewaschen (Bürschstein)	27,14
Sächsischer Stückerkohle	28,09
Niederschles. Giebkerei-Stückerkohle	42,48
Ruhrfettkohle	28,08
Ruhrfettstückerkohle	37,21
Ruhrstückerkohle	41,01
Mittel- u. ostpreuß. Braunkohlenbriketts	14,58

Die Verkaufspreise erhöhen sich noch weiter durch Frachten und durch den Verdienst der Händler.

Dadurch, daß die Kohleindustrien jetzt ebenfalls zu den Goldpreisen übergehen, wird also der Kohlenpreis, der bisher wenige Tage hindurch feststand, fast täglich schwanken. Dieser Zustand wird auf die Preisgestaltung der kommunalen Werke, der Eisenbahnen usw. von starkem Einfluß sein, die jetzt schon große Preis- erhöhungen angekündigt haben.

hutsamkeit ins Gedämpfere und Menschliche hinüberzuführen. Er fand an seinem Theater eine Truppe, die besser reden als sich bewegen konnte. Der Film war noch nicht der Feind des Theaters geworden, die Dekorations noch nicht das Hindernis des gesprochenen Wortes. Inzwischen sind aber die estatischen Schauspielertänze Mode geworden. Auch die Schauspieler, die nach Volkstümlichkeit trachteten, ihre Regisseure nicht minder, sie waren alle einem bestigen Expressionismus hingegeben. Das gestammelte und gestöhnte Wort hatte das gesprochene allzu häufig ersetzt. Jetzt ist, so das Wort allmählich wieder als Werk geführt werden kann, der Kern des Zuschauers wieder für die Tirade zu wecken. Tirade und nicht Tendenz, d. h. blühendes Gefühl und nicht logische Trockenheit. Gefühl, das berechtigt wird und die Junge erlöst, auch das liegt im Winterwillen der Volksbühne, der jetzt Herr Hell vorsteht.

Mit Sorgen, mit Skeptizismus, mit Fleiß. Denn der Theaterdirektor einer Volksbühne, und besonders der Leiter der größten deutschen Volksbühne darf heute nicht nur ein träumender Mann der Kunstexperimente sein. Er muß auch ein handfester Kämpfer volkstümlicher Kunstpolitik sein. Er muß sogar Kohlenkommissar und Rechenmeister sein. Als Kohlenkommissar muß er sich entschließen, das „Neue Volkstheater“ in der Köpenicker Straße zu schließen, wenn das Haus erst Heizung verlangt. Solange die Witterung es erlaubt, wird man in der Köpenicker Straße noch spielen. Dann aber muß die Gemeinde der Volksbühne sich allein mit dem Haus am Ballonplatz begnügen.

Daß sie es freudig tue! Daß sie es auch opferfreudig tue! Der Arbeitslohn eines 24jährigen Arbeiters, das wird der Eintrittspreis sein: Etwas Schamantes, etwas sehr Unsicheres, und der Zukunft ausgeliefert bleibt alles. Daß die Zukunft das Haus trage —

## Das Puppenhaus der Königin.

Für eine Ausstellung im Jahre 1924 wird in England ein Puppenhaus hergestellt, das Puppenhaus der Königin. Sämtliche Einzelheiten werden durch erfahrene Künstler, Handwerker, Arbeitsleute jeder Art gefertigt. Das Haus soll aufbewahrt bleiben für die Nachwelt und so in ornamentaler Gestalt eine Darstellung der höchsten Verfeinerung des häuslichen Lebens in unserem Zeitalter sein. Das Haus ist in verfeinertem Renaissancestil nach Art vornehmer Landhäuser gebaut. Decken, Türen, Fenster, Kamine, Tafelung sind von einem führenden Architekten entworfen, die Decken durch bekannte Künstler gemalt. Das Haus enthält ein Bibliothekszimmer, in dem in Galobänden Bücher in Postkartengröße gesammelt sind, Bücher bekannter Autoren, die besonders für diese Bibliothek geschrieben sind. Selbstverständlich, daß elektrisches Licht, Wasserleitung, Telefon nicht fehlt. Und ebenso selbstverständlich ist die Küche mit den modernsten Geräten ausgestattet, mit denen man die feinsten Puppenküchen kochen kann. Es wird so der Nachwelt ein Bild häuslichen Lebens in unserem Zeitalter aufbewahrt.

Wäre es nicht vielleicht lehrreich für die Nachwelt, wenn man in Deutschland ein Gegenstück herstellte zu diesem Puppenhaus der

Königin? Vielleicht würde man recht geeignetes Material finden in den Wohnungen der Roten, von denen der „Vorwärts“ berichtet. Da könnte man gefällige Einleits und Beistände ohne Bezüge zeigen, Kinderbetten, in denen fast erwachsene Mädchen zusammen mit kleinen Geschwistern schlafen, dunkle Küchen und Stuben, in denen eine Heberzahl von Personen zusammenhängt, Küchen, in denen nur zerbrochenes Geschirr vorhanden ist, leere Keller, in denen es an Holz und Vorräten jeder Art fehlt. Vielleicht könnte auch die Darstellung der Wahlzeiten geschaffen werden, die man in diesen Wohnungen der Roten zu sich nimmt, wobei allerdings wohl außer trockenem Brot und wenigen Kartoffeln nicht viel darzubieten wäre. Aber auch hier könnte man in einer Schublade Puppen unterbringen, die genau so zerlumpt gefeibelt wären, wie es für diese Wohnungen der Roten paßt, und vielleicht könnte auch ein Buch geschrieben werden über die Pflichten dieser Puppen, geduldig zu sein und dankbar auszuharren in den nackten Käuemen und voll Demut zu hungern und nichts weiter zu verlangen als leere Töpfe und kalte Dosen.

Es würde lehrreich für den Geschichtsschreiber der Nachwelt sein, wenn wir solch Puppenhaus der deutschen Rot herstellen. Er würde manches daraus lernen, das er heute aus dem Puppenhaus der Königin nicht erlernen kann. Vielleicht würde es auch für die Mitwelt lehrreich sein, wenn wir es fertigen und 1924 zur Ausstellung nach England schicken. Oder vielleicht bereiten wir es vor als Weihnachtsgeschenk für Mr. Poincaré und legen ausgewiesene Ruhrarbeiter in Puppenabildung hinein. Aber vielleicht wäre es auch für manchen in Deutschland gut, wenn wir ihm ein Puppenhaus der Rot zeigten.

## Neue Erfolge der Flugtechnik.

Zwei neue bedeutende Flugleistungen lenken die Aufmerksamkeit darauf, daß nun die Flugtechnik daran ist, ihre bisherigen Erfolge auszubauen und zu übertreffen. Aus New York wird gemeldet, daß der Marinespionier Sanderson imstande war, eine Stundengeschwindigkeit von 429 Kilometern zu erreichen. Ein Piloter, der imstande wäre, diese Schnelligkeit längere Zeit beizubehalten, könnte den Erdball am Äquator in etwa 96 Stunden umkreisen. Das wäre also in vier Tagen, wenn ein Flugzeug imstande wäre, diese rasende Schnelligkeit beizubehalten. Um die Umkreisungsgeschwindigkeit der Erde zu erreichen, müßte die Fluggeschwindigkeit auf das Vierfache des Ausmachtes gesteigert werden, das jetzt erreicht wurde. Das wird in absehbarer Zeit kaum möglich sein, weil es jetzt ja noch gar nicht sicher ist, daß diese neueste Schnellflug auch wirklich über eine solche Strecke ausgeführt wurde, da man zunächst aus einer über kurze Strecken erzielten Schnelligkeit die Stundenleistung berechnet hat. Immerhin ist auch das schon etwas Besonderes. Man kann sich vorstellen, daß es mit solchen Schnelligkeiten möglich sein wird, den Ocean zwischen Europa und Amerika in acht bis zehn Stunden zu überqueren, also innerhalb eines Tages.

Ebenso brachtenwert ist der Höhenflug, den der Franzose Bécarré bis auf 10 741 Meter Höhe ausgeführt hat. Damit hat er allerdings nicht seine frühere Leistung vom 1. August 1923 überboten, die ihn bei Bloccoublay bis 10 800 Meter hoch führte. Man ist nun schon nahe an 11 Kilometer aufgestiegen, auf Höhen, die vor-

## Ein Dementi.

W.B. meldet:

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Morgenausgabe vom 15. September eine Gegenüberstellung der von dem Statistischen Reichsamt gegebenen Ausfuhrziffern mit der Angabe über die in den Monaten Mai, Juni und Juli erteilten Ausfuhrbewilligungen, die der Reichswirtschaftsminister, soweit sie bis zu seiner demontierten Rede vorliegen, in seinen Ausführungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat verwertet hat.

Die beiden Zahlenreihen sind deshalb nicht vergleichbar, weil die Ausfuhrbewilligungen den tatsächlichen Ausfuhrziffern voranstellen und sich auch durchaus nicht gleichlaufend entwickeln. Die Ausfuhrbewilligungen spiegeln den Auftrags-eingang wider und sind daher der Prüfstein der Konjunktur. Mit Rücksicht auf diese symptomatische Bedeutung sind sie von dem Reichswirtschaftsminister verwertet worden. Selbst wenn man den Gesichtspunkt in Betracht zieht, daß für die Rückläufigkeit dieser Zahl der Abbau der Außenhandelskontrolle mitspricht, so ist doch unverkennbar der erhebliche Rückgang der Ausfuhrbewilligungen als solcher ein bedenkliches Warnungszeichen für die Entwicklung unseres Außenhandels.

Gegenüber diesem Dementi müssen wir aufrechterhalten, daß die tatsächliche Entwicklung des Außenhandels in den letzten Monaten gegen eine Verminderung des Exports spricht und daß das Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Ausfuhranträge für die Beurteilung der Exportaussichten nach wie vor bestehen bleibt. Von dem Wirtschaftsminister v. Raumer aber in seiner bekannten Rede nicht erwähnt wurde. Es ist übrigens durchaus sicher, daß die Anträge auf Ausfuhrbewilligungen in letzter Zeit auch deswegen zurückgegangen sind, weil für viele Waren die Freiliste besteht und Ausfuhrbewilligungen nicht erforderlich sind. Außerdem hat der in Aussicht stehende Abbau der Außenhandelskontrolle dazu geführt, daß die Interessenten lieber die Aufhebung der Exportkontrolle abwarten, als jetzt zu exportieren, wo die Ausfuhrabgabe noch besteht. Durch derartige Momente wird aber der Wert der Mitteilungen des Herrn v. Raumer für die grundsätzliche Beurteilung des Exports vorat herabgemindert, daß wir gegen eine solche Darstellung Einspruch erheben mußten.

## Amsterdam und Genf.

Genf, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Hier verlautet, daß der Internationale Gewerkschaftsbund am kommenden Montag dem Völkerbund die Aufforderung übermitteln wird, sich mit der Reparationsfrage zu beschäftigen. Die Aufforderung wird sich auf den Willen der zwanzig Millionen Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes berufen.

Paris, 15. September. (T.L.) Lieber Paris wird gemeldet, daß Außenminister Dr. Benesch einen neuen Plan ausgearbeitet habe, der den Völkerbund mit der Reparationskommission zu einer Zusammenarbeit bei der Lösung der Reparationsfrage.

Genf, 15. September. (W.B.) Die gegenwärtig in Genf weilenden Vertreter der Bänderbündnisse, darunter sämtliche Mitglieder des Zentralvorstandes, nahmen nach einer gemeinsamen Besprechung eine Entschließung an, in der sie die Ermordung der italienischen Offiziere in Janina und die Beschädigung Korfu, welche den Tod unschuldiger Menschen zur Folge hatte, verurteilten und einstimmig die Zuständigkeit des Völkerbundes im griechisch-italienischen Konflikt, wie bei allen Gebietsverletzungen eines Mitgliedsstaates gegenüber einem anderen feststellen. Völkerbundrat und -versammlung werden aufgefordert, ihre Bemühungen zur Herbeiführung einer gerechten Regelung des Konflikts unter voller Anwendung der Bestimmungen des Völkerbundespaktes fortzusetzen und dazu die Tagung zu verlängern.

London, 15. Sept. (Kenter.) Die Frist des italienischen Ultimats an Südslawien ist verlängert worden. Die Verhandlungen dauern auf der Grundlage der neuen italienischen Vorschläge, deren Charakter nicht bekannt ist, an.

her auch nicht mit dem Ballon erreicht werden konnten. Noch vor zehn Jahren glaubte man, daß es nie möglich sein werde, mit dem Flugzeug über 10 000 Meter hoch zu kommen, weil es dann nicht mehr von der dünnen Luft getragen würde. Seit drei Jahren ist es viermal Fliegern gelungen, solche Höhen zu erreichen, zweimal in Amerika und einmal in Europa.

Es war ein Ereignis, als der Franzose Batham am 29. August 1909, also vor vierzehn Jahren, bei Reims 155 Meter hoch kam. Ein Jahr später erreichte derselbe Flieger die ersten tausend Meter Höhe. Seit dem Ende des Krieges hat Vicoente in Frankreich am 9. Mai 8000 Meter überschritten, und jetzt kam er noch 2600 Meter höher als damals. Es ist ein gewaltiger Fortschritt, und noch ist die Höhe des Möglichen nicht erreicht.

Die neue Operette des Metropoltheaters: „Casinogirls“ dient zweien Herren, Guido Thielscher mit seinem Berliner Witz und Edward Künnele mit seiner gefühlvollen Musik. Die Verbindung zwischen den beiden unvereinbaren Größen wird hergestellt durch Fritz Friedmann-Friedrich und Georg Olskowitz, die den Text geliefert haben. Das Resultat der vielfachen Bemühungen könnte man nicht unterschätzen. Die Librettisten haben Offenbach und seine Nachfolger ausgearbeitet und einen witzigen Sereuismus aufs Tapet gebracht, der in seinem angestammten Miramare eine Spieltheater mit Damenbetrieb entdeckt und dort auf Abenteuer geht, während sein Sohn sich in eine Tänzerin verliebt, die natürlich eine obertugendende Prinzessin ist. Hochzeit ist kein Unmensch, versteht alles, verzehrt alles, um so mehr, als er in der Leiterin der Spieltheater eine Frucht eines früheren Liebesverhältnisses entdeckt. Guido Thielscher, den beinahe ein Arrestbefehl eines anderen Theaters seinen Premierenspflichten entzogen hätte, ist unerschöpflich in seinen Berliner Witz aus der Konfessionsgegend. Künnele, der Komponist des armen Vettors, und mancher anderen sein instrumentierten und gefühlsvollen Operettenkomposition kommt in dem neuen Genre nicht recht zur Wirkung. Ihm fehlt der Schwung Offenbachs, soweit er seine Qualitäten entfalten kann, in den sentimentalen Liebespartien erinnert er freilich an seine bessere Vergangenheit. Das Ballet war mit der gewohnten Leichtigkeit und Farbenfreude ausgestattet. Unter den Darstellern stand Margit Suchy obenan, ihre Kunst, ihr angenehmes Organ halfen zum Erfolg. Als Kochmann vertrat die sentimentale Rolle. Erik Wildhagen war der rechte Liebhaber. Der ulkige Berliner Sachse und Obertrattel Siegfried Arno verdient besondere Hervorhebung.

Musikerkonkurrenz. Das Berliner Ensemble (Bläser) Dreherer veranstaltete Dienstag 15 Uhr im Saalbau Friedrichshagen unter Leitung von Camillo Hilbrand einen Instrumentalabend. — Das erste Konzert war: 1. Konzert (Sinfonie) Dienstag 7 1/2 Uhr im der Volksharmonie mit dem Bläserensemble Dreherer. Solist: Ignaz Friedmann.

Bühnenchronik. In der Uraufführung von Hermann Giesels „Lederknecht“, die die Künge Bühne am Sonntag, den 14. September, mittags, im Staatlichen Schauspielhaus veranstaltete, sind die weiblichen Hauptrollen besetzt mit Agnes Straub, Gerda Müller, Lucie Mannheim, Helene Devera.

Theater in Cyrenen. Sonntag „Tannhäuser“ mit Vera Schwarz als Elisabeth und Rudolf Kauter als Tannhäuser. Dienstag „Tosca“ mit Vera Schwarz und Rudolf Kauter. Donnerstag „Onegin“ mit Waldemar Staegemann und Frau Jurjenkaja.

## Zum Tode Wilhelm Pfannkuchs.

Weitere Beileidskundgebungen.

Der Reichspräsident, dessen Kundgebung an den Parteivorstand im letzten Abendblatt wiedergegeben war, hat an die Witwe des verstorbenen Genossen Pfannkuch das folgende Beileidschreiben gerichtet:

Sehr geehrte Frau Pfannkuch!

Die Nachricht von dem Tode Ihres von mir hochgeschätzten Vaters hat mich tief bewegt und ich bitte Sie und Ihre Familienangehörigen, die Versicherung meiner herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen. In dem Verstorbenen ist wieder einer aus dem Kreis der Lebenden geschieden, der einst an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratischen Partei gestanden und unermüdet und zukunftsfähig den harten und langen Weg ihrer Entwicklung führend mitgegangen ist. Seine Herzensgüte, sein warmes Empfinden für alle Räte, sein hohes Verantwortungsgesühl haben ihm schon lange in weiten Kreisen unseres Volkes Achtung und Verehrung gewonnen; seine auch im hohen Alter noch unermüdete Arbeitskraft und seine große Erfahrung vertieften ihm während langer Jahre im parlamentarischen wie im gesamten öffentlichen Leben Deutschlands eine besondere Bedeutung. Mit der Geschichte der Arbeiterbewegung wie der Sozialdemokratie Deutschlands ist sein Name eng verbunden; er wird auch mir stets unvergessen bleiben.

Mit herzlichsten Grüßen bin ich

Ihr ergebener

gez. Ebert.

Weiter sind folgende Beileidstelegramme eingegangen:

Zum Hinscheiden des Genossen Wilhelm Pfannkuch spreche ich der Parteileitung und den Familienangehörigen des Dahingegangenen das innigste Beileid aus. Möge die im Parteileben nirgends einzig dastehende Riesensumme von Arbeit, die der Verstorbene in treuer Pflichterfüllung Jahrzehnte hindurch unermüdet tagaus tagein für die Arbeiterklasse geleistet hat, der jungen Generation ein leuchtendes Beispiel sein. Ehre seinem Andenken!

W. K. H. Meißel,

Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands spricht der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrichtiges Mitgefühl aus zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod Pfannkuchs erlitten hat. Das Andenken dieses unermüdeten und verdienstvollen Vorkämpfers und Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung wird auch in Russland der sozialdemokratischen Arbeiterpartei unvergessen bleiben.

15. September 1923.

Mit beiführenden Grüßen

Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Russlands.

R. Abramowitsch. Th. Dan.

## Aufhebung der Verkehrsperre.

Köln, 15. September. (W.B.) Da die Verkehrsperre zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland voraussichtlich in der Nacht zum Sonntag um 12 Uhr aufgehoben wird, treten von diesem Zeitpunkt an für Reisen zwischen der besetzten britischen Zone und dem unbesetzten Deutschland die folgenden Bestimmungen in Kraft: 1. Bewohner der britischen Zone können auf Grund des grünen Zirkulationsstempels auf den Personalausweisen ungehindert die Grenze zwischen der britischen Zone und dem unbesetzten Deutschlands überschreiten. 2. Bewohner des unbesetzten Deutschlands erhalten auf schriftlichen Antrag von der Poststelle Dombhof 28 in Köln Gekittscheine zur Einreise in die britische Zone. Allen Anträgen ist ein Personalausweis (nicht Reisepaß) des ständigen Wohnortes beizufügen. Alle Gekittscheine mit dem roten Strich, wie sie bisher in Gebrauch waren, verlieren mit Wirkung vom 30. September 1923 12 Uhr Nachts an ihre Gültigkeit. Weitere Auskunft erteilt die Poststelle Köln, Dombhof 28, Fernsprecher Rosen 2940/41.

## Der Geldraub.

Beamte der belgischen Militärpolizei beschlagnahmten am 6. September bei der Reichsbanknebenstelle in Sülich 18 984 750 000 Mark, bei der Nebenstelle Homburg (Rhein) wurden am 7. September 810 000 000 M. ohne Quittung fortgenommen. Außer den bereits gemeldeten „Beschlagnahmungen“ der Belgier am 3. d. M. wurden in der Reichsbanknebenstelle Neuh 63 142 850 000 M. Reichsbanknoten und 1 301 295 000 M. Rotgeld aus dem Bezirk der belgischen Besatzungsarmee fortgenommen.

In einer Bochumer Wirtschaft nahmen die Franzosen 20 Milliarden dort zur Auszahlung kommende Erwerbslosengelder weg.

In Mülheim (Ruhr) wurden am 13. September acht Eisenbahner, die Lohngehälter abholen wollten, von den Franzosen festgenommen. Weitere Eisenbahner, die danach mit der Abholung beauftragt wurden, wurden ebenfalls festgenommen und ihnen 44 Milliarden Lohngehälter abgenommen.

## Le Trocquer im Ruhrgebiet.

Paris, 15. September. (W.B.) Der Minister für öffentliche Arbeiten reist morgen nach dem Ruhrgebiet. Er geht sich dort zwei Tage aufzuhalten und die in die französische Regie übernommenen Kolereisen und Zechen zu besichtigen.

## Teilsstreiks im Ruhrrevier.

Köln, 15. September. (W.B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Im Ruhrbergbau kommt es vereinzelt zu neuen Lohnstreiks. Von den unterirdischen Kohlenbezirken sind die Belegschaften verschiedener Zechen in den Aufstand getreten. Im Gelsenkirchener Bezirk sind die Belegschaften der Zechen Consolidation und Saarburg wegen Lohnforderungen in den Aufstand getreten.

## Der Kampf gegen die Teuerung.

Außerordentliche Maßnahmen in Bayern.

München, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) In Bayern stehen auf dem Gebiete des Ernährungswesens außerordentlich scharfe Maßnahmen bevor. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die von großen Kreisen der Bevölkerung schon seit langem geforderte Kontrolle bei der Ausfuhr bayerischer Lebensmittelprodukte. Die Einführung dieser Kontrolle scheiterte bisher an dem Widerspruch der Reichsregierung. Das bayerische Kabinett hofft aber, daß es dem gegenwärtig in Berlin weilenden Minister des Innern, Dr. Schweyer, gelingen wird, diesen Widerstand zu beseitigen, nachdem die bayerische Regierung unüberlegliche Beweise von Massenverleibungen bayerischer Produkte ins besetzte Gebiet in Händen hat. Andere Maßnahmen bringen eine scharfe Kontrolle und Einschränkung des Auktions- und Händlerturns. Dagegen haben schon früher Organisationen des freien Handels Widerspruch erhoben mit dem Einwand, daß eine solche Maßnahme nur geeignet wäre, den landwirtschaftlichen Genossenschaften des Dr. Heim eine unbeschränkte Monopolstellung zu verschaffen.

## Wirtschaft

90 Prozent Reichsbankdiskont.

Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz seit gestern von 30 auf 90 Proz. heraufgesetzt. Sie ist damit, wieder unter großer Verspätung, den Forderungen gefolgt, welche von der Sozialdemokratie und von den einsichtigen bürgerlichen Finanzkreditern seit langem aufgestellt wurden. Die diesmalige Erhöhung der amtlichen Geldleihrate ist für die gesamte Wirtschaft von besonderer Bedeutung deshalb, weil sie ein Glied in der Kette derjenigen Maßnahmen ist, welche die grundsätzliche Umstellung von der bisherigen Verschleuderung der amtlichen Kredite zu den wertbeständigen Krediten anstreben.

Die Kreditgewährung der Reichsbank, welche noch bis vor kurzem mit der Fiktion arbeitete, eine Mark am 1. April sei dasselbe wie eine Mark am 1. Juli, stellte, wie hier wiederholt dargelegt wurde, ein gewaltiges Geschenk an gewisse Interessentengruppen dar, die von der Reichsbank unmittelbar Kredit erhielten. Während sie ihre Wechselkredite in gutem Glauben nahmen, zahlte sie sie in schlechten zurück. Millardengewinne wurden dadurch erzielt, daß z. B. der Getreidehändler Kredit zum Einkauf von 1000 Zentnern Getreide ausnahm, mit der gleichen Papiermarksumme nach drei Monaten nur den Gegenwert von 2 bis 3 Zentnern zurückzuerstatten brauchte. Der Gewinn, der so erzielt wurde, wurde aus dem großen Topf gespeist, den der Staat zur Bestreitung des größten Teiles seiner Einnahmen benutzte, der Notenpresse. In demselben Maße wie der Kreditnehmer der Reichsbank profitierte, wurde die Kaufkraft der auf Papiermark angewiesenen Lohnempfänger geschlagen. Neben der Inflationssteuer, die der Staat heute für sich in Anspruch nahm, erhoben die Interessenten eine zusätzliche Inflationssteuer von den wirtschaftlich Behrlosten.

Man ist nun an der Arbeit, herbeizuführen, daß die Kredite nur noch auf wertbeständiger Grundlage vergeben werden. Die Reichsbank hat seit einiger Zeit wertbeständige Lombardkredite eingeführt, deren Verbreitung sich bis jetzt nicht übersehen läßt, weil sie im Reichsbankausweis von den gewöhnlichen Lombardkrediten nicht unterschieden werden. Diese Kredite müssen mit einem Entwertungszuschlag zurückgezahlt werden, entsprechen freilich noch nicht ganz der Forderung nach Goldkrediten, sind aber immerhin in hohem Maße geeignet, eine Spekulation auf die Entwertung der Mark auszuschalten.

Um nun das Verlangen nach wertbeständigen Krediten zu fördern, das Interesse an Papiermarkkrediten zu nehmen, muß die amtliche Geldleihrate auf eine Höhe gebracht werden, welche einen Nutzen bei der Entnahme von Papiermarkkrediten verhindert. Unter diesem Gesichtspunkt ist die neue Diskonterhöhung, obwohl sie die stärkste jemals dagewesene Heraufsetzung des Geldsatzes darstellt, zu gering. Werden doch am freien Geldmarkt bis zu 3 Proz. täglich, also 1080 Proz. jährlich an Zinsen für die Kredite verlangt. Andererseits ist es natürlich nicht möglich, mit einem Schlage den amtlichen Diskontsatz auf mehrere hundert Prozent zu erhöhen.

Daß die Rücksicht auf die wertbeständigen Kredite bei diesen Maßnahmen entscheidend war, ergibt man daraus, daß man für Lombardkredite mit Entwertungsklausel einen niedrigeren Zinssatz angelegt hat. Dazu wird mitgeteilt:

Nach dem Wortlaut des § 15 des Bankgesetzes kommt für den Lombardverleher der Reichsbank nur ein Lombardzinsfuß in Betracht. Es war daher nicht angängig, für Papiermarkkredite und wertbeständige Darlehen je eine besondere Rate festzusetzen. Da die Reichsbank Lombardkredite mit verhältnismäßig hohen Ausnahmen nur noch auf wertbeständiger Basis gibt, hat sie auch ihren Lombardzinsfuß auf die Erfordernisse des wertbeständigen Darlehens abgestellt und demgemäß auf 10 Proz. jährlich normiert.

Es ist jedoch schon ein wesentlicher Fortschritt, daß man jetzt mit einmal die Geldleihrate um das Doppelte des bisherigen Standes heraufsetzt, während man früher vor viel geringeren Erhöhungen zurückgeschreckt ist. Der Fortschritt ist zu begrüßen, wenn die Reichsbank sich der Konsequenz bewußt bleibt, daß diese Politik weitergeführt werden muß bis zur völligen Abdrosselung aller spekulativen Kredite.

## Das Ergebnis der Goldanleihe.

Ueber das bisherige Ergebnis der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches wird mitgeteilt:

Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe beträgt 76 Millionen Goldmark. Das Ergebnis, das sich unmittelbar vor Zeichnungsschluss durch Erfassung der Devisen voraussichtlich noch erhöhen wird, wird als befriedigend bezeichnet. Sofort nach Schluss der Zeichnung wird der Börsenhandel in die Wege geleitet. Im Gegensatz zu den Dollarkaufanweisungen wird der Kurs der Goldanleihe an fünf Tagen der Woche, außer Sonnabend, gehandelt. Etwa 3000 Sparlofen, die der Girozentrale angeschlossen sind, werden ihre Goldkonten auf Grund der Goldanleihe fortlaufend berichtigten.

Das Ergebnis der wertbeständigen Anleihe ist auch nach unserer Auffassung befriedigend, besonders, wenn man es mit der Auflegung der Dollarkaufanleihe vom März d. J. (auf Dollarkaufanweisungen) vergleicht, auf die seinerzeit nur etwa 50 Millionen Goldmark gezeichnet worden sind.

Bei der Würdigung des Ergebnisses der wertbeständigen Anleihe muß noch berücksichtigt werden, daß die Zeichnung in eine Zeit fiel, wo die Kaufkraft und damit auch die Sporkraft der breiten Massen außerordentlich geschwächt war durch Teuerung und durch Umfänge der Arbeitslosigkeit. Wenn ein großer Teil der Arbeiterschaft nur wenige Goldmark die Woche verdient, können für eine Sparsamkeit der breiten Masse große Beträge nicht zur Verfügung stehen. Die Anleihe ist trotz des Drängens der Sozialdemokratie, die sie schon vor einem Jahre gefordert hat, viel zu spät herausgekommen.

Wenn man aber das Ergebnis der Goldanleihe betrachtet im Hinblick auf die gewaltigen Summen, welche heute der Börse zur Spekulation zufließen, so ist immerhin eines auffallend: Das Reich hat hier eine mit 6 Prozent verzinsliche Kapitalanlage geboten, die absolut sicher ist, weil jeder Staat, der einmal seine Währung konieren will, seine alten Goldschulden anerkennen muß und weil die Höhe der Anleihe gegenüber den sonstigen Verpfändungen Deutschlands und gegenüber den Einnahmen eines gesunden Haushalts, wie wir ihn schließlich doch einmal bekommen müssen, verschwindend gering ist. Bisher haben die Kapitalisten immer behauptet, daß die Industrieunternehmungen nur sächlich geringe Zinsen abwerfen. Da aber viele Kreise die Aktie immer noch der festverzinslichen Anleihe vorziehen und schließlich sich doch nicht die ganze Börsenspekulation aus Leuten zusammensetzt, die nur spekulieren, um Geld zu verlieren, ergibt das bisherige Zeichnungsergebnis, daß die Verzinsung der Industriepapiere, bei der man natürlich nicht nur die Dividenden berücksichtigen muß, wesentlich höher ist als 6 Prozent. Das wird man sich auch für Lohnverhandlungen merken müssen.



Das durchlöcherete Dach.

Auch ein Zeichen unserer Not. — Die gestickten Schwindelbauten.

Es wackelt. In vielen Häusern so stark, daß die Verwandlung in ein Sieb schon eingetreten ist. Großstadtdächer haben im allgemeinen eine ziemlich beschränkte Lebensdauer.

Wie sieht es aus?

Das Auge sieht den Himmel offen, das Herz schmelzt nicht in Seligkeit. Auch ohne Dachlaken sieht man durch so manches Dach Sonne, Mond und Sterne leuchten.

Warum keine gründliche Abhilfe?

Eine ganze Reihe von zwingenden Ursachen, die in der abnormen Zeitentwicklung liegen und allen Beteiligten über den Kopf gehen sind, spielen hier mit. Was der Dollarstand für den Markwert, die Reparationsfrage für den Staat, der Lohn für den Arbeiter, die Lebensmittelbeschaffung für die Hausfrau ist, das ist die Dachreparaturfrage für Hauswirt und Mieter.

Kosten waren zum Fenster hinausgeworfen. Sicher gibt es eine nicht geringe Anzahl von Hauswirten, die die Dachreparaturen und andere große Instandsetzungen schuldhaft verzögerten.

Was das Reichsmietengesetz sagt.

Die gesetzlichen Handhaben, gegen Vermieter vorzugehen, welche notwendige große Instandsetzungen nicht vornehmen lassen, stehen fast nur auf dem Papier. Die Baupolizei kann einschreiten und der Gemeindebehörde nahelegen, die Arbeit selbst auszuführen, aber — woher das Geld nehmen, wenn nicht fehlen!

Auch das Beste, das der bei allen großen Fragen halb im Dunkeln tappende Gesetzgeber von heute im Auge hat, wird natürlich unter dem Druck unserer Lebensverhältnisse bald überholt.

Die kommende Woche bringt der Bevölkerung Berlins, die in dieser Hinsicht ja schon an allerhand gewöhnt ist, die ungeheuerlichsten Preissteigerungen. Zu dem Marktbrotpreis von 3 250 000 Mark kommt ein Milchpreis von 4 200 000 je Liter.

Nur noch Millionen!

Prot: 3 1/2, Milch: 4,2, Gas: 3,4, Strom: 6,8, Wasser: 2, Hochbahn: 1, Stadtbahn: 2 Millionen.

Die kommende Woche bringt der Bevölkerung Berlins, die in dieser Hinsicht ja schon an allerhand gewöhnt ist, die ungeheuerlichsten Preissteigerungen. Zu dem Marktbrotpreis von 3 250 000 Mark kommt ein Milchpreis von 4 200 000 je Liter.

Der Milchpreis noch zu gering!

Die wir berichteten, haben sich die ländlichen Behörden genötigt gesehen, auf Drängen der Landwirtschaft die Relation des Milchpreises zum Butterpreis ganz erheblich zu erhöhen.

Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt, daß diese Forderung der Produzenten sowohl in leitenden Kreisen der Stadtverwaltung als auch bei dem Milchhandel Entrüstung hervorgerufen habe, da sie die Aufhebung aller Verträge und Lieferungsverpflichtungen bedeuten würde.

Kilian.

Roman von Jakob Böhret.

Und also ging man nach Hause, „weinbeschwert“, wie die Dichter singen, und in gehobener Stimmung und war es zufrieden, über eine sauber gewichene Treppe zu steigen und auf einer gebälkerten Sofabede und neben kunstvoll von „Ihr“ bestickten Kissen ein Weiches niederzusetzen und den Wein ein wenig aufstoßen zu lassen, bis man sich an den sauber gedekten Tisch setzte, um die Speisen zu vertilgen, die „sie“ und Marie oder Suzanne oder wie die Magd gerade hieß, mit so viel Würde bereitet hatten.

Und die Jahre gingen, und Madame Billwanger stückte neue Sofafissen, und ließ tagtäglich die Treppe wischen und Suppe kochen und Braten richten und wählte einen neuen Hut aus und machte dem Bubi ein Matrosenkleidchen und neue fräutrigere Sentenzen über das Los der Ehefrau, und ward über all dem diät und älter, und stand manchmal am Fenster und sah in die Rue Mornonier hinab, und war irgendwie unglücklich und war voll von einem Haß gegen diese langweilige ewig gleiche Gasse, gegen diesen Mann, der sie verbrauchte und verzehrte mit seiner Haushaltung, dieser Haushaltung mit den ewig gewachsenen Böden und der allmonatlich wiederkehrenden Riesenwäsche. Ihre Schönheit, ihre Jugend, ihre ganze Gefühlswelt hatte sie hingegeben für den Glanz der Parteitribünen! — Und was erhielt sie dafür? Wie anders war es zu erklären, daß seine Küsse so kühl und so selten geworden waren, und daß er überhaupt... ach ja, ja! Er mußte eine andere haben. Oder mehr als eine? Wer kannte denn die Männer, diese ausgeschämte Gesellschaft! — Und also zerquälte sich Madame Billwanger und schnte sich: Wenn doch einer käme, und mich verführen wollte! Herrgott, ich könnte doch noch lieben! Ich könnte... Aber sie hatte zu Hause zu bleiben, wie eine Sklavin, während er aussäufte, so oft ein Küstlein durch die Gasse säufelte.

Derart zerquälte sich Madame Billwanger, hatte oft Mi-

grüne und ward über alledem weder reizvoller noch lebenswürdiger in ihren Reden. Auch sie hatte das Ungeheuer am Bittel, auch ihr schrie es in die Ohren, dieser Musterhausfrau und Mutter: Bist du dazu in die Welt gekommen?

Trotzdem ich das wußte, vermochte ich nicht zu verhüten, daß sie mir gleichgültig und schließlich verhaßt ward, als wäre sie mein bitterster Feind, als hätte sie schuld an der Verpfändung meines Lebens! Denn mit der Ehe hatte es doch schließlich angefangen, jenes unsäglich Furchtbare, nämlich: daß man keinen Gedanken mehr zu Ende denken konnte, und daß man zu keinem Menschen mehr sagen durfte: Freund, du bist mein Nächster! Nein, dem war nicht mehr so. Nächster war nur noch die Familie, und nachher — fertig. Eine Mauer. Schluß. Nachher gab es nur noch Interessengemeinschaften, Kerle, die einem halfen, die Interessen der eigenen Familie zu fördern, weil sie gleichzeitig damit ihre eigenen Familieninteressen schützten. Eine grauenvolle Vereinfachung hatte begonnen mit dem Tage der Eheschließung. Keine Frau durfte man mehr lieben! Keiner Fremden etwas sein. Und doch, was ist denn Schönheit? Besteht sie nicht zum großen Teil aus Geheimnis? Aus der Hoffnung, Unerhörtes zu hören, Unerwartetes zu erwarten? Ist das Alltägliche, ist das Gewohnte schön? — Wie bin ich alltäglich geworden meiner Frau gegenüber in dieser zehnjährigen Ehe!

Verstehen Sie, Mère Juliette, wenn just die Chemenner so zahlreich zu den Dirnen schleichen? Sie folgen dem von der Moral und der Sitte verschütteten Drang, mit fremden Menschen Uebermensliches, Uebernatürliches zu erfahren, irgendwie die Grenzen des Daseins zu sprengen. Denn, Mutter Juliette, und hier vertraue ich Ihnen meinen letzten Gedanken an: Ich glaube, daß durch die Umarmung die menschliche Seele ihre feinste Vervollkommnung erfährt. — Dieses dunkle Wissen aber zwingt die dunklen Ehrenmänner, nämlich in Hintergassen ihre letzten Möglichkeiten zu verschwenden, zu verderben.

Das ist alles, Mère Juliette, was ich Ihnen zu sagen habe. Sie sehen, es ist nichts. Nichts, was nicht jedermann in der Rue Mornonier erlebt. Seltam ist nur, daß ich hier sitze, und dies alles erzähle. Seltam ist, daß ich mir über dieses Schicksal eines Kleinbürgers völlig im klaren bin, und am seltsamsten, daß ich ihm entrinne.

Wie das gekommen ist? Da ist halt in der Rue Mornonier an der unteren Ecke vor etwa drei Jahren ein Kine-matographentheater aufgetan worden, und seit etwa einem Jahr habe ich kaum ein Programm ausgelassen. Ich war in

dieser Zeit in allen Winkeln der Welt, ich stand an den Geiern von Neu-Seeland, ritt durch die Wüste Sahara, war mit Amundsen im Südpolarkreis, jagte durch die Wälder von Texas und durchfuhr den Panglosskanal. Ich war auf dem Mond, und alles, was ich einst von Ihnen über die Wunder des Weltalls vernommen hatte, ward in mir wieder lebendig, und für Augenblicke erwachte die erstaunliche Wunderkraft, weit über mich hinaus zu denken, uninteressierte Gedanken zu Ende zu führen, trotz den Zweiern und Dreiern Rotwein und Weißwein und trotz der Tintensarben, in das die Parteipresse das Weltgeschehen zu tauchen beliebt.

Aber das alles hätte nicht genügt, mich zu erlösen. Doch dann sah ich Charlot, diesen frühesten aller Filmschauspieler, sah seine gottvollen Dummheiten, seinen herzhaften Unsin, und ich konnte wieder lachen und begriff auf einmal die ganze Kindlichkeit und Dummheit und Tollheit des Menschenge-schlechtes, begriff blühsam, daß alles, was der Mensch Schlimmes tut, gar nicht so schlimm, sondern nur dumm ist, und da ge-stand ich mir, daß es auch gar nicht so wichtig sei, wenn ich mich scheiden ließe, wenn ich aushörte zu trinken, aushörte ein Bürger zu sein, dafür aber meinem angeborenen, leider ver-gessenen Trieb wieder gehorchte: etwas zu schaffen, was nie mehr zerstört werden kann. —

Und so bin ich denn abgereift, habe gestern einen Ad-vokaten beauftragt, die Scheidungsklage einzureichen. Nach-her habe ich meinen letzten Rausch getrunken. So, und nun bin ich zu Ende!

„Was wollen Sie als Scheidungsgrund angeben?“ fragte Mère Juliette, die mit gespanntester Aufmerksamkeit zuge-hört hat.“

„Eben,“ trachte sich Kilian in den Haaren, „der Advokat hat mir gesagt, die Sache sei kühn. Und er hat mir dann bewiesen, daß die Gesetze verlangen, daß wir Madame Bil-wanger moralisch herunterreißen, da sonst von einer Scheidung keine Rede sein könne. Doch sehe ich nicht ein, warum man schließlich nicht dem Gesetz den Gefallen tun und es erstere nehmen soll, als Charlot die Welt und das Publikum.“

„Und — was gedenken Sie nun anzufangen?“

„Vorerst will ich Ihnen herzlich Dank sagen, daß Sie mit solch seltener Kunst, zu schweigen, dagesessen sind. Ich fühle mich erleichtert, gestärkt, um wieder einmal ein neues Leben anzufangen. Ich grüße Sie, meine liebe Mère Juliette, und ich will gelegentlich von mir hören lassen.“

Damit erhob sich Kilian und schüttelte der alten Frau herzlich die Hand. (Fortsetzung folgt.)



# Die Umstellung der Staatsbergwerke.

In der Sonnabend-Sitzung nahm der Landtag zunächst die Verordnung vom 1. September 1923 zur Anpassung der Steuer-  
gesetze an die Geldentwertung in allen drei Beschlüssen an. Hierauf  
ging das Haus an die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend  
Uebertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine  
Aktiengesellschaft.

Nach der Vorlage wird, was Staatsministerium ermächtigt, für  
die Stromversorgung im Weierquell- und Malingebiet eine Aktien-  
gesellschaft mit dem Sitz in Kassel zu gründen. Sämtliche Aktien  
müssen in den Besitz des Staates gebracht werden und eine Ver-  
äußerung der Aktien ist nur mit Zustimmung des Landtages möglich.

Der Entwurf wird in zweiter Lesung nach den Ausschussbeschlüssen  
angenommen; die dritte Lesung soll am Dienstag erfolgen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur  
Uebertragung der Verwaltung und Ausübung des staatlichen  
Bergwerksbetriebes an eine Gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung.

Der verstärkte Ausschuss für Handel und Gewerbe empfiehlt  
nicht eine GmbH, sondern eine Aktiengesellschaft, deren  
gesamter Aktienbestand dem Finanzministerium für den Staat über-  
nommen werden soll. Der Handels- und Finanzminister vertreten  
den Staat als Aktionär der Aktiengesellschaft zu gleichen Teilen. Der  
Finanzminister kann einen Teil der durch ihn vertretenen Aktien  
widerruflich an die Preussische Staatsbank (Seehandlung) über-  
tragen. Die Veräußerung von Aktien, die Ausgabe von Vorzugs-  
aktien, die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit die Aktien nicht in  
der Hand des Staates bleiben sollen, werden an die Zustimmung  
des Landtages gebunden. Zur Deckung der Mittel für die Ueber-  
nahme der Aktien wird der Finanzminister zur Aufnahme einer  
merzbeständigen Anleihe bis zur Höhe von 5 Millionen  
Goldmark ermächtigt.

## Abg. Osteroth (Soz.)

gab als Berichterstatter eine eingehende Würdigung des Gesetzes.  
Das Gesetz bricht mit einer alten Tradition, mit den bisherigen  
Formen der Verwaltung des Staatsbergbaues. Bei allen Parteien,  
die politisch mitarbeiten, bestand das Bestreben, dem Staat und seiner  
Wirtschaft zu helfen. Wir haben durch den Friedensvertrag den  
ganzen Teil der Saargruben verloren. Wir haben den  
größten Teil des ober-schlesischen Bergbaubetriebes ver-  
loren. Schon das mußte ein Antrieb sein, die eingetragte Basis des  
preussischen Bergbaubetriebes zu verbreitern, die Werke auszubauen  
und technisch zu vervollkommen. Neben den volkswirtschaftlichen  
Gründen, die zur Umstellung drängten, darf man auch folgende  
Momente nicht außer acht lassen. Unsere Bergbaubetriebe, unsere  
Bergschneidern gingen beim Staat in die Jahre, wenn sie aber aus-  
geleert hätten, konnte der Staat sie nicht halten. In der Privat-  
industrie gab es bessere Schächter. So verlor die Staats-  
wirtschaft die wertvollsten Kräfte. Auch rein technisch drängten die  
Verhältnisse zur Umstellung. Wenn früher eine Kesselanlage aus-  
gebeßert oder irgendeine geringfügige Reparatur vorgenommen  
werden sollte, dann bot das Staatsgesetz die schwersten Hem-  
mungen. Es gab endlose Verhandlungen zwischen der Direktion,  
der Bergbauabteilung und den beteiligten Ressorts. Schließlich kam  
eine Vorlage an den Landtag, und so verging Jahr und Tag, bis das  
Notwendigste geschah. Das ist heute nicht mehr zu verantworten.  
(Sehr richtig!)

## Die Bureaufaktisierung.

die wir bisher hatten, hat lähmend auf die Entschlußkraft der Be-  
amten gewirkt und die Selbstverantwortung nicht gefördert. Die  
tüchtigen Elemente wollten in Betrieben arbeiten, in denen sie etwas  
zu sagen haben und nicht bei jeder Maßnahme nach oben schielen  
müssen. Mehr Initiative muß sich entwickeln können, wenn die  
Wirtschaft gedeihen soll. Aus allen diesen und tausend anderen  
Gründen war schließlich die Umstellung unvermeidlich.

Die Regierung plante ursprünglich die Zusammenfassung des  
ganzen staatlichen Bergbaubetriebes in eine einzige Gesellschaft.  
Die Regierung kam jedoch nach eingehenden Beratungen von ihrem  
ersten Vorhats ab und hat in ihrem Entwurf den Plan gefaßt,  
eine G. m. b. H. als Dachgesellschaft zu bilden, von der  
aus nachher territorial oder stofflich gegliederte Einzelgesellschaften  
gebildet werden sollten. Die organisatorische Form war Gegenstand  
der allerheftigsten Auseinandersetzungen. Auch der Staatsrat  
hat sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Der Staatsrat  
warnte davor, den Staatsbergbau einer privatwirtschaftlichen Ver-  
waltungsgewalt auszuliefern. Er wünschte eine Aktiengesell-  
schaft mit zentraler Leitung und die Sicherstellung des Einflusses  
der Volkswirtschaft durch die Entsendung von zwei Landtagsmit-  
gliedern in den Aufsichtsrat. Der verstärkte Ausschuss für Handel  
und Gewerbe hatte schließlich in Anregungen des Staatsrates so  
ziemlich Rechnung getragen.

Man kann natürlich manches gegen die Schaffung einer Aktien-  
gesellschaft einwenden. Der Ausschuss glaubte aber, sich einem  
nicht verschließen zu können; wenn man mehrere Aktien-  
gesellschaften bildet und eine Dachgesellschaft darüber setzt, dann ist  
das keine organische Zusammenfassung. Die Frage, ob eine oder  
mehrere Gesellschaften gebildet werden sollten, wurde als  
Zweckmäßigkeitsfrage und nicht als Prinzipienfrage behandelt. Und  
der Ausschuss entschied sich mit 15 gegen 11 Stimmen für die

## Bildung einer einheitlichen Aktiengesellschaft.

Reinigungsverschiedenheiten gab es bezüglich der Stärke und  
Zusammensetzung des Vorstandes. Man kam dahin  
überein, daß man eine starke Minorität von Herren bilde, die  
draußen Helfer der Werte sind. Damit werden alle Erfahrungen,  
die draußen gesammelt werden, der Gesamtleitung nutzbar gemacht.  
Die Abstimmung über die Zusammensetzung des Ausschusses ergab  
allerdings eine schwache Mehrheit für diese Auffassung. Eine wei-  
tere Reinigungsverschiedenheit zeigte sich bei der Frage, ob der Vor-  
stand durch eine Gesellschaftsversammlung oder durch den Aufsicht-  
rat zu wählen ist. Man kam zu dem Kompromiß, daß der Vorstand  
durch die Gesellschaftsversammlung mit Zustim-  
mung des Aufsichtsrates gewählt werden soll. Bei der  
Entlassung ist es ebenso. Der Aufsichtsrat ist also nicht etwa das  
fünfte Rad am Wagen, er ist mitverantwortlich und kann seinen  
Einfluß bei der Bildung des Vorstandes und der Entlassung von  
Vorstandsmitgliedern in die Waagschale werfen.

Schwierig war

## Die Beamtenfrage.

Wie konnten kein Gesetz zur Konsolidierung des Beamtenums und  
der Militärämter machen. Aber ich darf sagen, daß Regierung  
wie Ausschuss die Absicht hatten, in der Loyalität der Beamten  
gegenüber so weit wie nur möglich zu gehen, solange das den  
Zwecken des Gesetzes und der Wirtschaft noch zuträglich ist. Ur-  
sprünglich sollten die Beamten eine dreijährige Frist zur  
Entscheidung darüber haben, ob sie dauernd im Dienst der Ge-  
sellschaft bleiben wollten. Wenn sie das wollten, dann schieden sie  
offiziell aus dem Staatsdienst aus, hatten Anspruch auf ihre  
Pensionen und ihre erworbenen materiellen Rechte. Das ging aber  
den Beamtenorganisationen nicht weit genug. Man kam schließlich  
zu einer Verlängerung der Frist auf fünf Jahre — ein sehr  
weitgehendes Zugeständnis, das finanzielle Konsequenzen für die  
neue Betriebsform hat. Bisher ging es aus dem großen Topf des  
Staates, und ob etwas übrig blieb oder nicht — die Beamten  
mußten bezahlt werden. So geht es in einer Wirtschaftsorgani-

sation nicht. Damit müssen unsere Beamten sich von vornherein  
vertraut machen. Hier wird die Aufstiegsmöglichkeit nicht erschaffen,  
sie muß durch Tüchtigkeit erworben werden. (Sehr richtig!) Es  
wird auch nicht möglich sein wie im alten preussischen Staat, daß  
dem Militärämter eine Extrawurst gebraten wird, wie  
das in einer Eingabe verlangt wurde. Das wäre noch schöner, wenn  
die Invaliden aus dem Bergbau beiseitegehen müßten und die  
Anwärter von den Erzzerberghäfen und Polzeistuben in einer Er-  
werbsgesellschaft von vornherein berücksichtigt würden.

Was wir aufgebaut haben, ist im wahrsten Sinne des Wortes  
ein gemeinwirtschaftlicher, ein sozialisierter Betrieb.

Der kann nur leben und gedeihen, wenn Arbeiter, Angestellte und  
Beamte an die Betriebsform, die in der Zukunft Schule machen  
wird, das letzte geben. Die Beamten haben also eine fünfjährige  
Befristungszeit, in der sie erklären können, daß sie zum Vater Staat  
als Beamte wieder zurückkehren wollen. Ich bin aber überzeugt,  
daß sich keiner sperren wird, daß alle froh sein werden, wenn sie  
dem Staat in der neuen Gesellschaftsform Dienst leisten können.

Das Bedenken, daß der Gesetzesentwurf eine Auslieferung  
an das Privatkapital bedeute, ist durch nichts be-  
gründet. So wie heute, ist der Staat und nur der Staat, In-  
haber, Eigentümer der staatlichen Bergwerke, wie auch künftig die  
Entwicklung gehen mag. Es ist nicht genug damit getan, daß der  
Staat seine Produkte unverarbeitet weiterverkauft, daß er seinen  
Rohreier an Privatgesellschaften abgibt, daß er seinen Bergstein  
schürft und zur Weiterverarbeitung an Private gibt, daß er seine  
Metalle und Edelerze an Private weitergibt, daß er draußen in  
Rüdersdorf keinen Kalk gewinnt und unverarbeitet, ungebrannt  
weiterverkauft an andere. Mit dieser Entwicklung wird man brechen.  
Nicht nur die horizontale Erweiterung des Staatsbergbaues, nicht  
nur der Erfolg der Verluste im Saargebiet und in Oberschlesien darf  
das Ziel der Umstellung sein, auch die vertikale Durchgliederung  
dieses großen Staatskonzerns, die

## Erweiterung nach der Richtung der gesamten Montanentwicklung

ist nötig. (Sehr richtig!) Das wird aber nicht durch eine staatliche  
Zuschußwirtschaft ermöglicht werden können. Die Erträge des  
Unternehmens sollen seiner Vergrößerung und Entwicklung dienen.  
Und wenn wir in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung der Kar-  
telle, der Preisartikelle vor allem, gesehen haben, und wenn heute  
bestehende Vertreter der Privatwirtschaft zusammen mit dem Reichs-  
wirtschaftsminister über die Kartellierung lamentieren, dann sage ich:  
Hier in der Aufrichtung des staatlichen Industriekonzerns auf brei-  
teiler bergbaulicher Grundlage ist die Korrektur für die Entwicklung  
der Wirtschaftsschritte gegeben.

Es fällt dem Staate, dem Landtage, nicht ein, dieses Objekt der  
Privatindustrie auszuliefern. Die Vertreter der Regierung haben  
klipp und klar erklärt, daß niemand daran denke und auch nicht  
daran, Privatkapital heranzuziehen. So leicht, wie das Privatkapital  
durch Anleihen Mittel beschaffen kann, so leicht kann das auch  
der Staat. Es ist nun beabsichtigt worden, daß nach der Fassung des  
§ 5 des Entwurfs es immerhin möglich sei, daß ohne Zustimmung des  
Landtages von den beiden Ministern Vermögensgegenstände abgetrennt  
werden können. Beide Minister haben im Ausschuss erklärt, davon  
könne keine Rede sein. Bei dem § 5 handelt es sich um nichts an-  
deres als um das, was draußen im Wirtschaftsleben alle Tage  
braucht ist. Ein großes Bergwerksunternehmen muß sich erweitern,  
es muß austauschen und auch verkaufen können. Es kann sich aber  
dabei immer nur um Parzellen, um Kleinigkeiten handeln, die die  
Natur des gesamten Unternehmens in keiner Weise verändern. Ich  
möchte die Staatsregierung bitten, daß sie bei diesem Punkt ihre  
Aufsicht nochmals zum Ausdruck bringt, damit alle denagogischen  
Wandlungen der Arbeiter gegenüber von vornherein unmöglich ge-  
macht werden. (Sehr gut!) Niemand will dem Staatsministerium  
eine Vollmacht geben, Staatsbesitz an die Privatwirtschaft zu ver-  
büßern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Zum Schluß eine Bitte an das Haus: Die Verabschiedung des  
Gesetzes ist dringend. Wenn wir mit der Ruhrbesetzung zu Ende  
kommen, steht der ganze Ruhrbergbau vor einer neuen Entwicklungs-  
periode. Halbvorräte und Material sind erschöpft. Die Roksolen  
sind in Ordnung zu bringen. Die Finanzierung wird Sorge machen.  
Für den Staatsbergbau wird es eine doppelte Erschwerung bedeuten,  
wenn jetzt nicht gleich am Ende der Ruhrbesetzung die notwendigen  
organisatorischen Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Des-  
halb wird es notwendig sein, daß auch das Gesetz rasch verabschie-  
det wird. Die schwebende Verabschiedung ist auch schließlich  
deswegen wünschenswert, weil der Geist dieses neuen Wirtschafts-  
gesetzes den Wiederaufbau unserer deutschen Wirt-  
schaft beleben soll und muß. (Beifall.)

## Handelsminister Siering:

Der Wunsch der Loslösung der staatlichen Bergwerke aus der  
staatlichen Hoheitsverwaltung ist sehr alt; die katastrophale Geld-  
entwertung der letzten Monate hat seine Erfüllung, hat die  
Verwirklichung der Umstellung zu einer gebieterischen Notwendigkeit  
gemacht. In der Folge wird nicht mehr der Handelsminister allein  
auf diesem Gebiete das entscheidende Wort haben, ihm wird der  
Finanzminister koordiniert sein. Um sein künftiges Mitbestim-  
mungsrecht braucht der Landtag nicht besorgt zu sein; eine Garantie  
bietet ja schon die Zusammenfassung des Aufsicht-  
rates, von dessen 12 Mitgliedern 5 dem Landtage angehören  
müssen. Auf die Erhöhung der Erträge des staatlichen Berg-  
baues gehen wir begründete Hoffnungen. Die Zielvorgabe unseres  
Bergwerksbetriebes empfiehlt schließlich die einheitliche Aktiengesellschaft  
als die zweckmäßigste Gesellschaftsform. Die Regelung des  
Beamtenverhältnisses war von der Regierung bereits mit  
dem äußersten Entgegenkommen gegen die Beamten betrieben  
worden; der Ausschuss ist darüber im Interesse der Beamtenhaft  
noch hinausgegangen, seine Vorschläge werden vom Staatsminister  
akzeptiert. (Beifall.)

Abg. Bruck (Z.) stimmt der Ausschussfassung unter Zurückstellung  
einiger besonderer Wünsche zu.

Abg. Dr. von Wolfshausen (Dnat.) trägt eine Reihe von Be-  
denken vor.

Abg. Sobotta (Komm.): Der Gesetzesentwurf soll nur aus dem  
Grunde so schnell verabschiedet werden, um dem vereinigten fran-  
zösisch-deutschen Aktienkapital das Ruhrgebiet auszuliefern.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Bp.) betont, daß die traurigen Fi-  
nanzverhältnisse die Umwandlung der Verwaltungsform der  
Staatsbergwerke notwendig gemacht haben. Das neue Unternehmen  
kann nur gesund erhalten werden, wenn den Leitern der örtlichen  
Berggruppen auch äußerlich diejenige Stellung gegeben wird, die  
ihnen gebührt. Die Generaldirektion in Berlin muß sich die beson-  
deren Aufgaben einer Konzernverwaltung angelegen sein  
lassen. Sie darf nicht zu groß und zu schematisch gestaltet werden.  
Praktiker aus dem Wirtschaftsleben müssen heran-  
gezogen werden. Die Homogenität des Beamtenkörpers muß das  
Ziel bleiben.

Abg. Fischel (Dem.): Es gibt auch in den kaufmännischen Be-  
trieben einen Bürokratismus, und vor diesem sollte man die neue  
Organisation behüten.

Abg. Ebersbach (Dnat.): Wir hätten eine Lösung vorgezogen,  
die dem Beamten seinen öffentlich-rechtlichen Charakter gewahrt  
hätte.

## Abg. Fries (Soz.): Bedauerlich bleibt, daß die Arbeiter und Angestellten

hinsichtlich ihrer Arbeitskraft nicht so absolut sichergestellt sind, wie  
die Beamten; in diesem Punkte erwarten wir von der neuen Ge-  
sellschaft, daß sie die Löhne und Bezüge auf einer Höhe hält, wie  
sie die Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft erfordert.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird ohne weitere  
Erörterung nach den Ausschussvorschlägen angenommen, eben-  
so der Betragesentwurf.

Präsident Leinert schlägt vor, in einer Sitzung am Dienstag,  
um 3 Uhr, die dritte Lesung der heute in zweiter Beratung er-  
ledigten Vorlagen und die zweite und dritte Lesung des Ausführ-  
ungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vorzunehmen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.),  
auch den Antrag der Deutschnationalen betr. die Bekämpfung der  
Brandstiftungen auf dem platten Lande und des Auftretens gewaff-  
neter Banden do selbst am Dienstag zu beraten; Abg. Dr. Meyer-  
Dingeldey (Komm.) will schon am Montag, evtl. sogar schon morgen,  
die Beratung der kommunistischen Anträge und Anfragen vorge-  
nommen wissen.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird geschlossen. Die gestellten  
Anträge werden abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 18. September, 3 Uhr. —  
Schluß: 45 Uhr.

## Aus der Partei.

### Beschlüsse der Organisationen.

Hessen. Die Zentralkommission der Hessischen Sozialdemokratie be-  
schloß sich mit der durch die große Koalition geschaffenen Lage.  
Sie nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Der Landesvorstand der SPD. Hessens muß mit Bedauern  
feststellen, daß die in die große Koalition gesetzten Erwartungen  
bis jetzt nicht erfüllt worden sind. Der Dollarkurs hat eine  
schwindende Höhe erreicht. Die Not der Volksmassen wird un-  
erträglich. Von den drakonischen Maßnahmen der Reichsregierung  
hat man bis jetzt noch nichts vernommen. Reichsbankpräsident  
Havenstein ist noch immer im Amt. Die Drohung, daß, wenn er  
nicht innerhalb drei Tagen zurücktritt, der Reichstag sofort ein-  
berufen wird, ist bis jetzt noch nicht wahrgemacht worden. Der  
Landesvorstand macht den Parteivorstand nachdrücklichst  
darauf aufmerksam, daß, wenn die große Koalition verlagert und die  
bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung sich weigern, die not-  
wendigen drakonischen Maßnahmen zu treffen, um bessere Zustände  
rasch herbeizuführen, es keinen anderen Weg geben kann, als den  
zur Zurückziehung der Vertreter der Sozialdemo-  
kratischen Partei aus der Reichsregierung.“

Die Massen des Volkes verlangen von der neuen Regierung  
Handlungen, nicht Verhandlungen, Taten und keine Ver-  
sprechungen. Sie sehen nach wie vor ihr Vertrauen in die Sozial-  
demokratische Partei. Wird dieses enttäuscht, so werden sie in das  
Lager der Kommunisten und Indifferenten getrieben und ist der  
Zusammenbruch der Partei unvermeidlich. Diese ist die stärkste  
Stütze der demokratischen Republik. Fällt die Sozialdemokratische  
Partei auseinander, so ist auch der Bestand der Deutschen Re-  
publik auf das stärkste gefährdet. Der Landesvorstand rät:  
daher nochmals den dringenden Mahnruf an den Parteio-  
vorstand und die Reichstagsfraktion, sofort die Einberufung  
des Reichstages veranlassen zu wollen und zur rückhaltlosen,  
energischen Tat überzugehen, um Deutschlands Wirtschaft und Zu-  
kunft zu retten.“

Im Anschluß daran werden konkrete Forderungen aufgestellt,  
die mit der beschleunigten Beendigung der Ruhraktion“ und der  
sofortigen „Erfassung der Sachwerte“ identisch sind.

Bremen. Die Vertrauensleute der Partei nahmen am 12. Sep-  
tember einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Auf Grund der Tatsache, daß in der äußerst verzweifelten außen-  
und innenpolitischen Situation, der großen Finanzkalamität und der  
sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise nur durch rasche  
und energische Maßnahmen der Regierung Abhilfe geschaffen werden  
kann, konstatiert die Versammlung aller bremischen SPD-Ver-  
trauensleute, daß trotz weitgehender Versprechungen nichts Wesent-  
liches geleistet ist, was für die Masse der werktätigen Bevölkerung  
eine Verbesserung ihrer täglich sich verschlimmernden Lage bedeuten  
würde.“

Die kapitalistische Klasse sabotiert systematisch das Steuerpro-  
gramm der Regierung und die Maßnahmen des Defizitombudlers.  
Sie treibt massenhaft die Arbeitenden auf die Straßen und schafft  
Beunruhigung in immer größer werdendem Maße von Arbeitslosen. Spe-  
kulationen aller Art zerstören aus purem Eigennutz absichtlich unsere  
Währung und treiben die Preise aller notwendigen Dinge ins un-  
ermeßliche. Die Folge ist, daß das Elend der Arbeiter, Angestellten,  
Beamten, der Rentempfänger usw. sich täglich steigert.

Die Versammlung fordert deshalb von der Parteileitung und  
der Reichstagsfraktion, daß sie an die Reichsregierung die ulti-  
mative Forderung stellt, unverzüglich alle Machtmittel des  
Staates einzusetzen, um diesen Zuständen ein rasches Ende zu be-  
reiten.

Zusätzliche fordert die Versammlung:

1. Schnellste Liquidierung des Ruhrabenteuers durch direkte  
Verständigung mit den Besatzungsmächten.
2. Möglichste Einwirkung der Steuern, die stets merzbe-  
ständig zu gestalten sind, und strengste Anwendung der Straf-  
bestimmungen gegen die Steuerhinterzieher und Arbeitgeber, die aus  
Gründen der Steuerhinterziehung Arbeiter und Angestellte ent-  
lassen.
3. Sicherung des Achtundzestages durch ein Reichsgesetz.
4. Schnellste Durchführung einer umfassenden Finanzreform.  
Beteiligung des Reiches an der Reichslohn durch Erfassung der  
Sachwerte und staatliche Zwangshypotheken.
5. Rascheste Einführung der Goldwährung. Zu ihrer Stützung  
restlose Beschlagnahme der Denkmäler, Edelmetalle und Edelsteine.
6. Beilegung des Reichswehrministeriums Gehör aus der Re-  
gierung, gründliche Säuberung der Reichswehr von republikanisch  
nicht zuverlässigen Elementen.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß nur bei Durch-  
führung dieser Forderungen ein Verbleiben unserer Ge-  
nossen in der Reichsregierung zu rechtfertigen ist.  
Parteileitung und Fraktion werden aufgefordert, die Genossen aus  
der Regierung zurückzuziehen, wenn keine Möglichkeit  
für die Durchführung dieser Forderungen gegeben ist.“

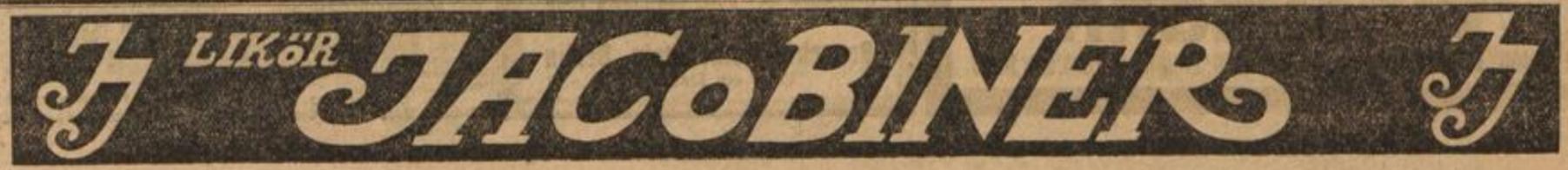
Leipzig. Eine Mitgliederversammlung der SPD. Groß-  
Leipzig nahm am 7. September folgende Resolution an:

„Die durch über 2000 Personen besuchte Mitgliederversammlung  
der SPD. Groß-Leipzig vom 7. September stellt mit Entschiedenheit  
fest, daß das Kabinett der großen Koalition mit Einschluß der sozia-  
listischen Minister nicht wesentlich über die Maßnahmen der Re-  
gierung hinausgekommen. Sie erklärt darin den Beweis für die  
Richtigkeit der Auffassung, daß die große Koalition untaug-  
lich sei, die Lösung der immer brennender werdenden finanziellen,  
wirtschaftlichen und politischen Probleme herbeizuführen.“

Darum verlangt die Versammlung unverzüglich die Durch-  
führung diktorischer Maßnahmen in Richtung der beigefügten pro-  
grammatischen Grundlagen. Sie verlangt von den Zentralinstanzen,  
ihre Durchsetzung zu erzwingen.

Für dringend erforderlich erachtet die Versammlung eine  
schleunige Aenderung des Beamtenapparates zwecks Festigung der  
Republik.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat für die sofortige Ein-  
berufung des Reichstages Sorge zu tragen.“



**Theater Lustspiele**  
**Volkshöhne**  
 7 1/2 Uhr. Und das Licht scheint in der Finsternis  
**Lessing - Th.**  
 Heute bis Do 7 1/2 Uhr. Wie es euch gefällt  
 Freitag 7 Uhr. 2 Male Der Ueberschliche  
**Deut. Künstler - Th.**  
 Allabendl. 7 1/2 Uhr. Der Fürst Pappenheim  
**Theater i. a.**  
 Königsplatz, Straße  
 Der Clown Gottes  
**Komödienhaus**  
 Mein Vetter Eduard  
**Theater im Amstuhls**  
 Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Drumler und Gruber**  
**Deutsch-Opernhaus**  
 Abends 7 Uhr  
**Tannhäuser**  
 Mtg. 7 1/2 Uhr Die Fiedlerin  
**Größe Volkstheater**  
 im Theat. d. Westens  
 Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Intimes Theater**  
 Diplom. im Dienst  
 D. blaue Pyjama etc.  
**Metropol - Theater**  
 7 Uhr: Casinogirls  
**Neues Theat. a. Zoo**  
 7 1/2 Uhr: Von 8-7  
**Thalia-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Herrschaft  
 Diezer gesucht  
**Walner-Theater**  
 8: Die tolle Lola  
 3 U. Der laune Lohmer  
**Lustspielhaus**  
 Fledermaus  
 Gastsp. Die Truppe  
 7 1/2 Kaufm. v. Venedig  
**Walhalla-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20  
 Tägl. 8 Uhr  
**Die spanische Fliege**

**Der große Operettenerfolg**  
 7 1/2 **Charlie** 7 1/2  
**Theater i. d. Kommandantenstraße**

**Ausscheiden! Central-Theater Antheben!**  
 in der Alten Jakobstraße 30/32  
 Ganz besondere Vergünstigung für unsere Leser, die zahlen für alle Plätze  
**nur 1/3 des Kassenpreises!**  
 Täglich 8 Uhr **Die polnische Wirtschaft** Täglich 9 Uhr  
 Operette in 3 Akten in bester Besetzung  
 Gültig v. 16. bis inkl. Sonntag, 23. Sept. für 1-4 Plätze

**Walhalla-Theater** Weinbergsweg 19/20  
 Tägl. 8 Uhr **Bomben-Lach-Erfolg** Tägl. 8 Uhr  
**Die spanische Fliege**  
 Ermäßigung für die Leser des „Vorwärts“  
 Sonntag's halbe Kassenpreise

**THALIA-THEATER** Dresdener Straße 72/73 - Dir.: Karl Hajós  
 Dienstag, 18. Sept. (7 1/2): Uraufführung  
**Mimikry**  
 Ein erotischer Scherz in 3 Akten von C. K. Roellinghoff

Deutsch-Niederl. Gesellsch. Berlin  
 Blüthnersaal, Mont. 24. Sept., 9 Uhr:  
**Kammermusik-Abend**  
**Arendina Kroese**  
 (Klavier) - Haag  
**Sam Swaap**  
 (Hörner) - Haag  
 Karten bei Bote & Döck, Wertheim

**Rennen zu Grunewald**  
 Sonntag, den 16. Septbr.  
 nachm. 2 Uhr

**Rennen zu Karlshorst**  
 Montag, d. 17. September  
 nachm. 2 Uhr

**Brillanten**  
 Edelmetalle, Juwelen, Goldschmuck  
**Schneider & Sohn**  
 Inh. Erwin Schneider  
 Teanstraße 15, vorn  
 an der Friedrichstraße

**Marken-Zigaretten**  
 v. e. Saba, Juno, Salem und  
 and. bekannte v. 160 Mill. an  
**Zigaretten - Tabake**  
 zu äußerst günstigen Preisen,  
 jedes Quants prompt lie. erbar.  
**Hei-Ko, Wiener Str. 8**

**Zahle höchste Preise!**  
 für alte Auto- u. Fahrradschläuche  
 Stefan 7825, Vormittags bis 12 Uhr.

**Ortskrankenkasse der Gürtler**  
 zu Berlin.  
 Bekanntmachung  
 SRIT Sitzung vom 17. September 1923  
 ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT  
 festgesetzt worden. Zwecks Ergänzung der  
 Reueinstellung mit den Beiträgen sind ab  
 17. September 1923 im Rahmen des erhöhten  
 Berlin, den 15. September 1923.  
 Der Vorstand 135-11  
 A. Röder, Vors. D. Rantjghe, Schriftf.

**Marken-Zigaretten**  
 Schweizer Stempeln  
 und Zigaretten  
 gibt billigst ab  
**Adolf Nagel**  
 Hermannplatz 6

**Etablissement**  
**Café Zielka**  
 Friedrichstr. 69/60, E. Leipzigerstr.  
**Heute 4 1/4 Uhr:**  
 Wiederbeginn der beliebten  
**Nachmittags-**  
**Varité- und Kabarett-**  
 Vorstellungen  
**im großen Konzertsaal.**  
 Maria Zielka, Alfred Lütner,  
 James Basch, Lena Döveke  
 Dreiers Alpenspiele und Walschneid  
 Zwei Hugos, Musikclowns  
 Erstes Wiederauftreten  
 der berühmten Solo-Tänzerinnen  
**Leni Bowitz und Ines Mesina**  
 nach ihrer erfolgreichen Auslandstournee  
**Ballett Oberon (4 Damen)**  
 einstudiert von EGON MOLKOW  
 J. Birbaum m. groß. Orchester  
**Eintritt frei!**  
 bis auf reserv. Plätze  
 Abds. 7 1/2 U.: Das große Programm!

**HAMBURG - AMERIKA LINIE**  
 UNITED AMERICAN LINES  
 Nach  
**NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-**  
**AMERIKA**  
 AFRIKA, OSTASIEN USW.  
 Billige Beförderung über deutsche  
 und ausländische Häfen. - Beson-  
 ders vortreffliche III. Klasse mit Speise-  
 und Ranzsal. Erstklassige Salons  
 und Kajütendampfer.  
 Etwa wöchentliche Abfahrten von  
**HAMBURG NACH NEW YORK**

**Eisenbahnfahrkarten**  
 zu Schalterpreisen. Zusam-  
 menstellen Fahrscheine  
 für das In- und  
 Ausland  
**Schlafwagenplätze**  
 Bettkarten für deutsche  
 und für internationale  
 Schlafwagen  
**Reisegepäckversicherung**  
 ohne Zeitverlust zu gün-  
 stigen Bedingungen, auch  
 für Obersee  
**Luftverkehr**  
 Rundflüge, Kalkulations-  
 Brief- u. Paketbeförderung

Auskünfte und Druckreden durch  
**HAMBURG - AMERIKA LINIE**  
 Hamburg und deren Vertreter in  
 BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8  
 Potsdamer Platz 3 und  
 Leipziger Str. (Kaufhaus Platz)  
 Frachtauskünfte erteilt das  
 Schiffsverkehrsamt G. m. b. H.  
 BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8.

**ELEMENTAR-BÜCHER**  
**DES KOMMUNISMUS**

Es befinden sich in Vorbereitung und erscheinen in Kürze:

**KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS:**  
**Das kommunistische Manifest**  
 Mit Einleitungen und Fremdwörterverzeichnis von H. Dunder

**KARL MARX: Lohnarbeit und Kapital**  
 Mit einer Einleitung von H. Dunder

**KARL MARX: Lohn, Preis und Profit**  
 Mit einer Einleitung von H. Dunder

**KARL MARX: Briefe an Kugelmann**  
 Mit einer Einleitung von N. Lenin

**FERDINAND LASSALLE:**  
**Ueber Verfassungswesen**  
 Mit einer Einleitung von Franz Mehring  
 und einem Fremdwörterverzeichnis als Anhang

**FERDINAND LASSALLE:**  
**Arbeiterprogramm**  
 Mit einer Einleitung von Franz Mehring

**FRIEDRICH ENGELS:**  
**Entwicklung des Sozialismus**  
 von der Utopie zur Wissenschaft  
 Mit Anhang: Die Mark

**FRIEDRICH ENGELS:**  
**Grundsätze des Kommunismus**

**N. LENIN: Karl Marx**

**ROSA LUXEMBURG:**  
**Militarismus, Krieg**  
**und Arbeiterklasse**  
 Mit einer Einleitung von Paul Frölich

Die Sammlung wird fortgesetzt / Preise und Prospekte bitte zu verlangen

**Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten**  
 G. m. b. H. Berlin SW 61

Am Freitag, 14. September, nach  
 noch kurzen, schwerem Leiden unsere  
 liebe Tochter, Schwester, Schwägerin,  
 Tante und Braut  
**Emma Tillwig**  
 im Alter von 24 Jahren.  
 Im Namen der Hinterbliebenen  
 Familie Gustav Tillwig  
 Richard Even  
 Die Einäschung findet am Dienst-  
 tag, den 18. September, um 2 Uhr im  
 Krematorium Baumhaldenweg, statt.  
 Kränzen dankend verzeihen.

**Altmetalle**  
 kauft von  
**Fabriken**  
**Handwerkern**  
**Händlern usw.**  
**W. Nelke**  
 Belle-Alliance-Str. 95

**Antfangung.**  
 Für die überaus  
 reichhaltige bereitete  
 Teilnahme anlässlich  
 des Todes meines un-  
 vergesslichen Mannes  
**Hans Dreher**  
 insbesonders  
 Herrn Bischoff für die  
 treuliche Gedächtnis-  
 rede in der Halle  
 sowie denjenigen, die  
 seiner in so warmen  
 Worten am Grabe  
 gedenkten  
 Im Namen der  
 Hinterbliebenen  
**Hans Dreher.**

**Allgemeine Ortskrankenkasse**  
 für Zehlendorf und Umgegend  
 Vom 17. September 1923 gelten folgende  
 Gehalts-, Grundlohn- und Beiträge:  
 Lohn-Beitragsentgelt Grund- Täg-  
 l. auf je 100 Rentenbetrag lohn Beitrag  
 ab 20 bis 30 20 20  
 1 3000000-7200000 2700000 1620000  
 2 7200000-14400000 5400000 3240000  
 3 14400000-21600000 10800000 6480000  
 4 21600000-28800000 16200000 9720000  
 5 28800000-36000000 21600000 12960000  
 6 36000000-43200000 27000000 16200000  
 7 43200000-50400000 32400000 19440000  
 8 50400000-57600000 37800000 22680000  
 9 57600000-64800000 43200000 25920000  
 10 64800000-72000000 48600000 29160000

Die erhöhten Leistungen werden vom  
 24. September 1923 ab gewährt.  
 Zehlendorf, den 14. September 1923.  
 Der Vorstand  
 G. Sigale, A. Fischer, Schriftf.

**Allgemeine Ortskrankenkasse**  
 für Berlin-Lichterfelde  
 Durch Berechnung des Reichsbeitrags-  
 minsters gilt als Höchstgrundlohn das  
 Vierfache der für Lebensversicherungen er-  
 mittelten Reichsbeitragszahl, aufgerundet auf  
 volle 1000 Mark.  
 Für die Woche vom 17. September bis  
 23. September 1923 betragen:  
 Lohn-Beitragsentgelt Grund- Täg-  
 l. auf den Rentenbetrag lohn Beitrag  
 in Tausend Mark  
 1 Gehalt ohne Entgelt 2700 1800  
 2 bis 3600 2700 1800  
 3 über 3600 7200 5400 3600  
 4 7200 10800 8100 5400  
 5 10800 14400 10800 7200  
 6 14400 18000 13500 9000  
 7 18000 21600 16200 10800  
 8 21600 25200 18900 12600  
 9 25200 28800 21600 14400  
 10 28800 32400 24300 16200

Die Mitglieder bleiben in den bisherigen  
 Stufen, nur, das sich entsprechend der Be-  
 trag mit der Grundlohn ändert.  
 Auf die erhöhten Leistungen besteht An-  
 spruch ab 18. Oktober 1923.  
 Berlin-Lichterfelde, den 14. Septbr. 1923.  
 Der Vorstand  
 O. Gebert, F. Saneberg,  
 2. Vorsitzender, Schriftf.

**Allgemeine Ortskrankenkasse**  
 Berlin-Lichtenberg  
 Bekanntmachung  
 Für die Woche vom 17. September bis  
 einschließlich 23. September 1923 gelten folgende  
 Grundlohn-, Lohn- und Beiträge:  
 Lohn-Beitragsentgelt Grund- Monat- Beitr.  
 auf den Rentenbetrag lohn Beitrag  
 A Gehalt ohne Entgelt 2700 1800  
 1 bis 3600 2700 1800  
 2 3600 7200 5400 3600  
 3 7200 10800 8100 5400  
 4 10800 14400 10800 7200  
 5 14400 18000 13500 9000  
 6 18000 21600 16200 10800  
 7 21600 25200 18900 12600  
 8 25200 28800 21600 14400  
 9 28800 32400 24300 16200  
 10 32400 36000 27000 18000

Die erhöhten Leistungen treten mit dem  
 15. Oktober 1923 in Kraft.  
 Reichsbezirk 5031/046 mal 7, aufgerundet  
 36 000.  
 Da sich in der Regel das Einkommen  
 durch die Angelegenheiten erhöht, bleiben die  
 Berechnungen auch nach der neuen Tabelle  
 in derselben Grundlohnstufe wie bisher.  
 Sollte das Einkommen mit obiger Tabelle  
 nicht übereinstimmen, so muß eine Umstel-  
 lung innerhalb einer Woche erfolgen.  
 Der Kassenvorstand,  
 134/14  
 O. Seiffel, Vorsitzender  
 Berichtung, in der Bekanntmachung  
 vom 9. d. M., betr. Erhöhung der Beitrags-  
 grundgrenze, muß es nicht heißen 27. Sep-  
 tember 1923, sondern 27. August 1923.

**Innungskrankenkasse der Tischler-Innung**  
 zu Berlin.  
 Vom Montag, den 17. September 1923  
 ab gelten folgende Beiträge, Lohnstufen  
 und Grundlohn:  
 Lohn-Entgelt pro Grundlohn Täg-  
 l. auf je 100 Rentenbetrag pro Tag Beitrag  
 A ohne 1 115 000 86 475  
 1 bis 3 500 000 2 625 000 106 875  
 2 7 000 000 5 250 000 393 750  
 3 10 500 000 8 375 000 635 625  
 4 14 000 000 12 250 000 918 750  
 5 17 500 000 15 750 000 1 211 250  
 6 21 000 000 19 250 000 1 443 750  
 7 24 500 000 22 750 000 1 706 250  
 8 28 000 000 26 250 000 1 968 750  
 9 31 500 000 29 750 000 2 231 250  
 10 über 31 500 000 33 250 000 2 625 000

Auf die erhöhten Leistungen haben  
 die Berechnungen ab 14. Oktober 1923 An-  
 spruch.  
 Berlin, den 13. September 1923.  
 Der Vorstand  
 Otto Gross, W. Sindemann,  
 Vorsitzender, Schriftf.

**Ortskrankenkasse für die Gewerbe der**  
**Tischler und Pianoortelarbeiten zu Berlin**  
 Vom 17. bis 23. September 1923 ist der  
 Höchstgrundlohn auf 36 000 000 Mark fest-  
 gesetzt. Der tägliche Beitrag der höchsten  
 Stufe beträgt 21 000 Mark. Anspruch  
 auf die höheren Leistungen ab 15. Ok-  
 tober 1923. Zwecks Ergänzung der Reuein-  
 stellung sind im Rahmen des erhöhten  
 Berlin, den 15. September 1923.  
 Fr. Petersen, D. Gell.

**Palast**  
 Potsdamer Str. 19  
 Ecke Warschauerstr.  
**Wilhelm**  
**Tell**  
 7 Akte  
 Jugendliche  
 haben Zutritt  
 Beginn 7 und 9  
 Sonnt. 5, 7 u. 9 U.  
**Th. a. Korb, Tor**  
 11/12 7 1/2 Uhr  
 a. Sonntag nach-  
 mittags 3 Uhr:  
**ELITE-**  
**Säger**  
 U. a.  
 Das süße  
 Mädel  
**Berliner**  
**Bockbräuerei**  
 Belle Alliance-  
 Ecke Fridinstraße.  
 Heute: **Kino:**  
 Eröffnung!  
 Anfang 7 1/2 Uhr  
 Tägl. 2 Vorstellungen

**Wien-Berlin**  
 Unterhaltungs-Varieté  
 4 Uhr Das große Nach-  
 mittags-Kabarett  
 8 Uhr Das neue sensationelle  
 Varieté-Programm  
 Große Bier-Abteilung

**Wintergarten**  
 Heute  
 2 Vorstellungen 2  
 faden h. h. v. 8. 3. 4. 5

**Zigaretten**  
 (Wolke, Saba, Baskoff usw.)  
 zu günstig. Preisen  
 Schreiber, Holzmarktstr. 23

**Ortskrankenkasse der Gürtler**  
 zu Berlin.  
 Bekanntmachung  
 SRIT Sitzung vom 17. September 1923  
 ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT  
 festgesetzt worden. Zwecks Ergänzung der  
 Reueinstellung mit den Beiträgen sind ab  
 17. September 1923 im Rahmen des erhöhten  
 Berlin, den 15. September 1923.  
 Der Vorstand 135-11  
 A. Röder, Vors. D. Rantjghe, Schriftf.

**Drum prüfe, wer**  
**sich ewig bindet!**  
 Als Selbsthersteller liefern ich in  
 Qualität und Preis einzig dastehend  
**Trauringe**  
 gest. gesch.  
 Dukatenring 2700  
 585 gestempelt 2700  
 333 gestempelt 2700  
 Einfache Ringe } zu den niedrigsten  
 Tagespreisen

**Hermann Wiese, Juweller, Berlin N, Artilleriestr. 30**  
 Bitte auf Hausnummer achten.  
 Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.  
 Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.  
 Garantischeschein für gesetzlichen Goldinhalt  
 Telegr.-Adr. Trauringkassone Berlin.

**Geschlechtskrankheiten**  
 Behandlung von Syphilis, Hautaus-  
 schlägen, Wunden, Gonorrhöen, etc.  
 harte Ausschläge, auch wo alles ver-  
 geblich, wurden **Phorofanon**  
 durch das neue **Phorofanon** Patent  
 kurzfristig geheilt. Viele Dankgebungen  
 und Dankschreiben.  
 Gewissenhafte ärztl. Leitung.  
**Phorofanon - Oelantalken**,  
 Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str.  
 Oranienstr. 191, nahe Rosenfelder Pl.  
 Getrennt für Herren und Damen.  
 Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

**Verband der**  
**Gemeinde- u. Staatsarbeiter**  
 Den Mitgliedern der Filiale Berlin und  
 den Interlokallern zur Kenntnisnahme,  
 daß wir infolge der weiteren Wertstei-  
 gerung und der Umänderung des Stunden-  
 lohnes ermgungen sind, auch den für die  
 17. Beitragswoche festgelegten Bei-  
 trag doppelt zu erheben. Es sind also  
 für die 17. Woche 2 Marken der betreffen-  
 den Beitragsklasse zu liefern.  
 Ferner weisen wir darauf hin, daß vom  
 1. Oktober ab alle rückständigen Beiträge,  
 die länger als 3 Wochen zurückliegen,  
 nicht mit dem heutigen Betrag, sondern  
 mit dem am Zahlungstermin geltenden  
 Beitragssatz zu bezahlen sind.  
 Die Interlokallern müssen alle nicht mehr  
 gültigen Beitragsmarken bei der nächsten  
 Abrechnung zurücksenden.  
 Die Ortsverwaltung.

**ROYAL MAIL LINE**  
 Die Königl. Englische Postdampfer-Linie  
 Gegründet 1839  
 Regelmäß. beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst  
**HAMBURG - NEW YORK**  
 P.-D. „Orduna“ 26. Sept. 31. Okt.  
 P.-D. „Ohio“ 3. Oktbr. 7. Nov.  
 P.-D. „Orbita“ 10. Oktober  
 P.-D. „Orca“ 24. Oktober  
 Fahrpreise HAMBURG - SOUTHAMPTON:  
 I. Klasse £ 5, Kajüte u. II. Klasse £ 3.10 s.

**BRASILIEN - LA PLATA**  
 von Southampton und Cherbourg  
 P.-D. „Avon“ 23. September  
 P.-D. „Almanzora“ 12. Oktober  
 Anschlußdampfer von Hamburg.  
 Nähere Auskunft erteilen:  
**ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.**  
 HAMBURG BERLIN  
 Alsterdamm 39 Unter den Linden 17-18  
 sowie für Passage:  
**Brasch & Rothenstein, Berlin**  
 Unter den Linden 71  
 Änderungen vorbehalten

**Allg. Ortskrankenkasse Bln. - Wilmersdorf**  
 Für die Woche vom 17 bis 23. September  
 1923 gelten folgende Lohnstufen und Beiträge:  
 Lohn-Beitragsentgelt Grund- Beitrag  
 auf je 100 Rentenbetrag lohn pro Tag  
 I. 3 600 000 2 700 000 270 000  
 II. 7 200 000 5 400 000 540 000  
 III. 10 800 000 8 100 000 810 000  
 IV. 14 400 000 10 800 000 1 080 000  
 V. 18 000 000 13 500 000 1 350 000  
 VI. 21 600 000 16 200 000 1 620 000  
 VII. 25 200 000 18 900 000 1 890 000  
 VIII. 28 800 000 21 600 000 2 160 000  
 IX. 32 400 000 24 300 000 2 430 000  
 über 32 400 000 27 000 000 2 700 000

Die Beiträge ohne Entgelt sind je, bei  
 in Stufe I festgelegten Betrages zu zahlen.  
 Berechnete sind nur umzusetzen, wenn  
 sich die biweekly Stufe ändert.  
 Berlin-Wilmersdorf, den 14. Sept. 1923.  
 Der Vorstand,  
 R. Engelhardt, Fr. Wiermann,  
 Vorsitzender, Schriftf.

**Allg. Ortskrankenkasse f. Berlin-Steglitz**  
 Bekanntmachung  
 Vom 17. Septbr. bis 23. Septbr. 1923,  
 ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT  
 festgesetzt. Für diese Zeit betragen demnach  
 die höchsten Beiträge in Tausend Mark in  
 den Stufen A 180, II 270, III 360, IV 450,  
 V 540, VI 630, VII 720, VIII 810,  
 IX 900, X 1 260.  
 Auf die erhöhten Leistungen haben  
 die Berechnungen ab 24. 9. 1923 Anspruch.  
 Berlin-Steglitz, den 14. Septbr. 1923.  
 Der Vorstand,  
 Koedel, W. Wagner,  
 Vorsitzender, Schriftf.

**Sofortiger Entschluß!**  
**Nur noch solange Vorrat!**  
**Weit unterm heutigen Einkaufspreis!**

Weiche Flauchmäntel . 295 385 475 Millionen  
 Kunstseidene Jumper . 89 126 172 "  
 Eskimomäntel mit Biesen 675 850 994 "  
 Reinwollene Strickjacken 128 156 291 "

**Enorm billig**  
 Biber - Plüschmäntel, Mohär - Astrachanmäntel, Maulwurf-  
 Astrachanmäntel, gestreifte Tuch - Wintarkostüme, ent-  
 zückende Polzmäntel, Seal Electric, Biborette, Maulwurf-,  
 Fohlen-, Sinksjaaken, darunter Original-Modelle  
**solange Vorrat unterm heutigen Einkaufspreis!**

**Westmann**  
 1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N 0, Gr. Frankfurter Str. 115

**ROYAL MAIL LINE**  
 Die Königl. Englische Postdampfer-Linie  
 Gegründet 1839  
 Regelmäß. beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst  
**HAMBURG - NEW YORK**  
 P.-D. „Orduna“ 26. Sept. 31. Okt.  
 P.-D. „Ohio“ 3. Oktbr. 7. Nov.  
 P.-D. „Orbita“ 10. Oktober  
 P.-D. „Orca“ 24. Oktober  
 Fahrpreise HAMBURG - SOUTHAMPTON:  
 I. Klasse £ 5, Kajüte u. II. Klasse £ 3.10 s.

**BRASILIEN - LA PLATA**  
 von Southampton und Cherbourg  
 P.-D. „Avon“ 23. September  
 P.-D. „Almanzora“ 12. Oktober  
 Anschlußdampfer von Hamburg.  
 Nähere Auskunft erteilen:  
**ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.**  
 HAMBURG BERLIN  
 Alsterdamm 39 Unter den Linden 17-18  
 sowie für Passage:  
**Brasch & Rothenstein, Berlin**  
 Unter den Linden 71  
 Änderungen vorbehalten

**Allgemeine Ortskrankenkasse für den**  
**Verwaltungsbezirk XI Berlin,**  
**Schöneberg-Friedenau.**  
 Der Höchstgrundlohn wird vom  
 17. Sept. 1923 ab auf 36 000 000 SRIT  
 festgelegt. Anspruch auf die erhöhten Bei-  
 rechnungen besteht ab 30. September 1923.  
 Auf Gehaltsanforderungen in Schöneberg-Frie-  
 denau wird verwiesen.  
 Der Vorstand,  
 A. Schulz, Voc. F. Gell, Schriftf.

## Pflicht zur Bodenreform.

Von Otto Albrecht\*.)

Bodeneigentum, das sich bereits in öffentlicher Hand befindet oder neu in diese Hand übergeht, muß als dauernd unverkäuflich erklärt werden, auch für die Fälle einer wohnwirtschaftlichen Nutzung. Das wird immer die beste und einfachste Sicherung der Grundrente für die Allgemeinheit ermöglichen. Eine Hingabe dieses Bodens als Erb- oder als Zeitlehen verfehlt den Lebensträger in all jene Sicherungen, die er sonst überhaupt benötigt; sie gewährleistet auch die bestmögliche Nutzung.

Trotzdem wird es sich aus anderen Gründen empfehlen, das einmal vorhandene Bodenprivatigentum bis zu einem gewissen Umfange auch weiterhin als solches anzuerkennen. Ich selbst habe kürzlich (vgl. Neue Zeit 1923, Heft 6 und 7) vorgeschlagen, den Umfang einer selbständigen Ackerparzelle als Normalgrenze zu setzen. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind auf 750 Hektar für landwirtschaftlich und auf 100 Hektar für forstwirtschaftlich genutzten Boden abgestimmt. Will man schon schlechtere Zahlen nennen, so dürften diejenigen der Richtlinien entschieden zu hoch sein. Forstwirtschaftsboden sollte mit seinen ganzen Beständen öffentliches Eigentum werden; ausnehmen sollte man nur solche Flächen, deren Nutzung zugleich dem damit verbundenen Landwirtschaftsbetrieb dienen muß, und zwar im Umfange dieser Nutzungsnotwendigkeit, soweit solche sich sachwirtschaftlich auch rechtfertigen läßt. (Die öffentliche Wirtschaftsaufsicht hat sich selbstverständlich auf diese Betriebsteile mit zu erstrecken.) Für landwirtschaftlichen Nutzboden wird man vielleicht 100 Hektar (gleich 400 preussische Morgen) als Norm ins Auge fassen können. Man wird soweit zurückgreifen dürfen, weil einmal die Betriebsgröße dadurch gar nicht berührt wird; denn die öffentlichen Eigentümern werden Flächen können ja nach wie vor beim bisherigen Betrieb, und zwar nunmehr als Lebensbesitz, verbleiben. Zum anderen offenbart die Reichsbetriebsstatistik von 1907, daß damals nur ein Viertel der vorhandenen Betriebe über 100 Hektar groß waren.

Die von interessierten Seiten vorgebrachten Einwände, nur Eigentumsbesitz gewährte höchstmögliche Wirtschaftserfolge, sind bei näherer Betrachtung durchaus hinfällig. Vielfach läßt sich sogar glatt das Gegenteil beweisen. Die Eigentumsverteidiger in den Kreisen der Großgrundbesitzer handeln hier lediglich als Vertreter des politischen Machtstandpunktes; sie wissen, daß der bisherige unheilvolle politische Einfluß ihrer Klasse damit steht und fällt.

Eine sehr wichtige Angelegenheit ist noch die Frage der Hypothekenbelastung des Bodens. Günstiger als gegenwärtig, die Verschuldung landwirtschaftlichen und sonstigen Bodens hintanzuhalten, war die Zeit noch niemals. Alle Goldhypotheken aus der Vorkriegszeit sind durch die Geldentwertung erledigt. Neuverschuldung des Bodens darf fürderhin, wenn überhaupt erlaubt, nur noch begrenzt als zulässig erklärt werden. Demnach: ein Reichsgesetz, durch das eine Verschuldungsgrenze vorgeschrieben wird. Als besserer Ersatz ist die Personalkredithilfe zu entwickeln, dazu das Recht der Beleihung von Wirtschaftsinventarien mit Tilgungshypotheken in Gemäßheit des Verschleißes dieser Sachwerte.

\*) Vergl. Nr. 421 des „Vorwärts“.

Der zurzeit nur durch ein Notgesetz geregelte Pacht- und Schutz ist durch dauerhafte Bestimmungen zu verbessern und zu erweitern und dem zu schaffenden Lebens- und dem Siedlungsrecht anzunähern. Eine seiner Eigenart angepaßte Annäherung an den Pachtschutz bedarf auch das sogenannte Deputat, d. i. das Arbeitsdienstland.

Das Siedlungswesen selbst hat sich, wie schon eingangs kurz bemerkt, dem allgemeinen Bodenrecht völlig einzuordnen. Das heißt, das neu zur Ausgab gelangende Siedlungsland wird fürderhin als öffentliches Eigentum nur noch nach Erblichensrecht auszugeben sein, sowohl das für land- wie auch das für wohnwirtschaftliche Zwecke. Im übrigen ist hinsichtlich landwirtschaftlicher Siedlungsbestrebungen selbstverständlich streng zu unterscheiden zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen. Den zu verwendenden Maßstab bezeichnen u. a. auch die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in ihrer Einleitung, wo es heißt: „Ziel der Bodenverteilung und Bodennutzung muß die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages sein“. Alles, was auf dieser Richtlinie liegt, ist unterstützungswürdig. Dabei darf nicht schematisiert werden, sondern jedes Vorhaben ist für sich zu beurteilen. Je mehr Boden dem Lebensrecht unterstellt wird, um so leichter ist in späterer Zeit auch eine betriebswirtschaftliche Umstellung im Sinne der Betriebsgröße möglich, wenn etwa veränderte technische Verhältnisse solches ratsam machen.

Eine Verforgung auch nichtlandwirtschaftlicher, aber in ländlichen Verhältnissen lebender Bevölkerung mit Kleinpachtland im Umfange bis zu 1/2 Hektar nach reichsgesetzlichen Bestimmungen ist durchaus vertretbar, und zwar mit Aufhebung derselben Bewirtschaftungspflicht und dem Rechte des Entzuges durch die Aufsichtskörperschaften, wie für anderes Wirtschaftsland. — Das Haus- und Kleingartenland ist bezüglich der Bewirtschaftungspflicht nach einem Sonderrecht zu behandeln, das den Haus- und den Kleingarten zum Teil dem Wohnrecht unterstellt, insofern nämlich, als dieser Teil Wohn- und Erholungszwecken zu dienen hat.

Mit Vorstehendem sind die Hauptgebiete für eine reichsgesetzlich zu betreibende, nicht länger mehr aufschiebbare Bodenreform bezeichnet. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weichen in manchen Punkten um einiges davon ab. Sonst aber ist auch von diesen Richtlinien zu sagen, daß ihr Inhalt Stoff für mindestens einem Duzend von besonderen Bodenreformgesetzen bietet. Der Stoff sollte von uns selbst ohne Verzug in Bearbeitung genommen werden. Man kann bei der heutigen politischen Lage nicht voraussehen, ob nicht doch noch einmal unter Umständen „über Nacht“ Verhältnisse eintreten, die der Sozialdemokratie die politische Macht in die Hände geben. In einem solchen Falle müssen wir mit den notwendigen Vorarbeiten so weit sein, daß es möglich ist, alle die erforderlichen Maßnahmen allerhöchstens durchzuführen, vielleicht gar vermöge einer — Diktatur. Liegt solcher Diktaturgedanke denn wirklich so fern? Selbst andere Kreise beschäftigen sich allen Ernstes damit, so zum Beispiel der bekannte deutschvölkische Graf von Reventlow; dieser schreibt in seinem „Reichswort“ (Nr. 14), nachdem er vorweg den „sozialen Volksstaat, die freieste aller Republiken“ gar nicht so sehr mit Unrecht ob seiner bisherigen Haltung zur Bodenfrage arg verspottet hat: „Die Lösung der Bodenfrage ist nur durch einen einzigen rücksichtslos durchgreifenden Willen praktisch denkbar. Ob dieser

Wille von einem einzigen Manne oder von einer Anzahl auszugehen hat, ist eine Frage für sich. Irgendeine Form der Diktatur wird es aber sein müssen. . . Läge die Macht im deutschen Staate in irgendeiner Form bei den Deutschvölkischen, so wäre der einheitliche Wille ebenso sicher vorhanden, wie die Gewißheit, daß er radikal durchgreifen würde.“ Auch dem bayerischen Bandenführer Hitler wird nachgesagt, daß er ein „radikales Bodenprogramm“ habe; vielleicht deckt es sich mit demjenigen des Grafen v. Reventlow. Dieses aber kann unmöglich mit dem übereinstimmen, das wir vertreten wollen und vertreten müssen.

So unvorbereitet wie die Novembertage des Jahres 1918 uns in der Bodenfrage getroffen haben, darf uns keine Gelegenheit mehr finden.

Es mag vielen als reichlich optimistisch amuten, wenn ich zum Schluß meiner Ansicht dahin Ausdruck gebe: Schon die nächstjährigen Reichstagswahlen können geeignet sein, der Sozialdemokratie die politisch-parlamentarische Macht in die Hände zu geben. Voraussetzung dazu ist nur unser Wille zu dieser Macht. Ich behaupte: dieser Wille kann entwickelt werden, und zwar vermittelt eines in allen Einzelheiten abgerundeten und schlüssigen sozialen Bodenreformprogramms, das den gewollten Inhalt aller notwendigen Bodenreformgesetze genügend klar erkennen läßt. Denn etwa neunzig vom Hundert der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches haben allen Grund und alle Ursache, sich um ein solches soziales Bodenreformprogramm zu scharen.

In allen großen Bodenfragen heißt es für die deutsche Sozialdemokratie: Hier gibt es kein Rundspitzen mehr; es muß gepfeifen werden!

## UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer

### NACH NEW YORK

von Southampton — Cherbourg

#### LEVIATHAN

18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. November, 11. Dezember  
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK

#### GEORGE WASHINGTON

21. September	24. Oktober	18. November
America	20. September	21. Oktober
President Roosevelt	3. Oktober	7. November
President Fillmore	4. Oktober	—
President Harding	10. Oktober	14. November
President Arthur	19. Oktober	—

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Alles Nähere durch untenstehende Adressen

Vorteilhafte Gelegenheit für Güterbeförderung

## UNITED STATES LINES

Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 40, Invalidenstr. 93  
Berlin W 9, Budapeststr. 5 W 8, Unter den Linden 22  
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen



## Der richtige Weg

# Persil

so zu verwenden, wie es den größten Nutzen bringt!

Richte Dich nach folgender Vorschrift, sie ist einfach und bringt Gewinn:

1. Löse Persil in kaltem Wasser auf, nicht in warmem; dadurch sicherst Du Dir die größte Ergiebigkeit. Ein Paket schon ergibt 2 1/2 — 3 Eimer schönster Lauge.
2. Lege die Wäsche in die bereitete kalte Lauge und bringe sie unter gelegentlichem Umrühren langsam zum Kochen. Eine Viertelstunde Kochenlassen genügt.
3. Spüle gut, zuerst in warmem, danach in kaltem Wasser, bis dieses ganz klar bleibt.

## Das ist alles!

Der Erfolg zeigt sich in duftig frischer Wäsche von blendender Reinheit. Du brauchst bei dieser Behandlung keinerlei Zusätze von Seife und Seifenpulver, brauchst nicht zweimal zu kochen und Deine Wäsche nicht auf dem Waschbrett zu reiben.

So spärst Du Kohle, Zeit und Geld und schonst die Wäsche!

## Ein wirtschaftlicheres Waschen gibt es nicht!

Mach die Probe! Du allein hast den Nutzen davon!

Eine erhebliche Erleichterung bei jedem Waschen bringt das vorherige Einweichen in Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; es wirkt schmutzlösend und verkürzt die nachfolgende Behandlung.

